

Bundesamt für Energie BFE
Sektion Marktregulierung
3003 Bern
stromvg@bfe.admin.ch

Bern, 31. Januar 2019

Stellungnahme zur Revision des Stromversorgungsgesetzes (StromVG)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Stiftung für Konsumentenschutz bedankt sich, dass sie zur geplanten Revision des Stromversorgungsgesetzes Stellung nehmen kann. Sie beschränkt sich in ihren Ausführungen auf Auswirkungen der Revision, die die kleinen Konsumenten mit einem Jahresverbrauch von weniger als 100MWh betreffen.

Im Grundsatz befürwortet der Konsumentenschutz die vorgesehene Strommarktliberalisierung, da die heutige Situation der «gebundenen» Konsumenten nicht zufriedenstellend ist und den Markt verzerrt. Im vorliegenden Entwurf der Revision fehlen allerdings wichtige Rahmenbedingungen, damit die Strommarktliberalisierung für die kleinen Konsumenten eine sinnvolle Neuerung darstellt. Ohne griffige Begleitmassnahmen stellt die Liberalisierung für die Konsumenten keinen Fortschritt dar. Sie verkäme zu einer nutzlosen Alibiübung, was der Konsumentenschutz nicht befürworten könnte.

Der Konsumentenschutz unterstützt die vorgesehene Verbesserung des Systems der Herkunftsnachweise sowie die Verbesserung des Datenschutzes, der allerdings noch ausgebaut werden sollte.

Mit der Strommarktliberalisierung werden Ungleichheiten entschärft. Damit das System sowohl im Energie- als auch im Netzbereich fair, transparent und effizient ist, ist es allerdings auch notwendig, die den grossen industriellen Verbrauchern gewährten Vorteile zu überprüfen (Erstattung des Zuschlags zum Übertragungsnetz). Wenn Grossverbraucher Energieeinsparziele erreichen wollen, um von der finanziellen Entlastung zu profitieren, soll dies zudem transparent kommuniziert werden.

Der Konsumentenschutz erlaubt sich, nach allgemeinen Bemerkungen konkrete Anträge zur Verbesserung der Revision aus Konsumentensicht zu stellen.

Allgemeine Bemerkungen zur Revision

1. Es muss ausgeschlossen werden, dass den Endkonsumenten weiterhin überhöhte Grundgebühren angerechnet werden können. Mit den heutig gängigen Grundgebühren werden Anreize für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch geschmälert, was der Bundesverfassung (Art. 89 Abs. 1), dem StromVG (Art. 14 Abs. 3 Bst. e) sowie dem Verursacherprinzip widerspricht.
2. Durch das Setzen falscher Anreize wie der Leistungsmessung (Art. 14, Absatz 3bis) und der allgemeinen Unsicherheit der Verteilnetzbetreiber durch den freien Markt besteht die Gefahr, dass der Stromhandel an Bedeutung gewinnt und der Netzausbau

nicht auf die Anforderungen der neuen Erneuerbaren ausgerichtet wird, sondern auf den internationalen Stromhandel. Die Ausbaurkosten dafür müssen die kleinen Konsumenten in der Grundversorgung bezahlen. Es sollten deshalb Instrumente geschaffen werden, damit das zentrale Ziel der Versorgungssicherheit bei tiefen Preisen gewährleistet bleibt und den Konsumenten nicht Kosten weitergegeben werden, die sie nicht verursachen und von deren Ergebnis (Netzausbau für Stromhandel) sie nicht profitieren können.

3. Gemäss Artikel 17a ist eine Liberalisierung des Messwesens für Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch von über 100 MWh vorgesehen. Dies führt zu einem teilliberalisierten Markt, von dem die kleinen Stromkunden ausgeschlossen sind. Der Konsumentenschutz fordert auch für die kleinen Stromkunden eine Liberalisierung des Messwesens oder zumindest die Transparenzmachung sämtlicher Kosten in Zusammenhang mit dem Messwesen.

Allgemein bestehen aus Konsumentensicht zum jetzigen Entwurf des StromVG viele Fragezeichen, da viele konsumentenrelevante Aspekte erst in Verordnungen geregelt werden sollen. Diese können zugunsten der Konsumenten, aber auch gegenteilig ausfallen, was die Vorlage zu einer konsumentenrechtlichen Blackbox macht. Der Konsumentenschutz empfiehlt deshalb unbedingt, die folgenden Aspekte in die Vorlage mit aufzunehmen, resp. zu ergänzen:

a. Regelung bei Marktversagen (Berücksichtigung von Kostendaten und/oder ausländischer Vergleichspreise)

Bemerkung: Es ist denkbar, dass sich monopol- oder oligopolartige Marktstrukturen entwickeln. Daher ist aus der Sicht des Konsumentenschutzes eine Regelung für den Fall des Marktversagens zwingend notwendig.

b. Durchsetzung der Angemessenheitsprüfung

Bemerkung: Da die Angemessenheitsprüfung der Tarife durch die Elcom durchgeführt werden soll, rücken damit auch die bereits heute existierenden Unzulänglichkeiten des StromVG in den Fokus, insbesondere der Umstand, dass die Elcom die Tarife nur ex-post und nicht ex-ante festlegen kann. Kombiniert mit dem Umstand, dass die EVU die Verfügungen der Elcom auf dem Rechtsweg anfechten können, resultiert bei den Tarifsenkungen eine Verzögerung, so dass Kunden, die zu hohe Tarife bezahlen und im Verlauf des Verfahrens den Anbieter wechseln, nicht von Tarifsenkungen profitieren. Es muss gewährleistet sein, dass Tarifkorrekturen (Senkung zu hoher Tarife) auch rückerstattet wird, wenn die StromkundInnen den Anbieter gewechselt haben.

c. Beschränkung der maximalen Vertragsdauer auf 12 Monate

Bemerkung: Der Konsumentenschutz begrüsst eine maximale Vertragsdauer von 12 Monaten, wobei der Kunde mit einer Frist von 2 Monaten entweder auf den Zeitpunkt des Ablauf des Vertrages kündigen kann oder – wenn er dies nicht tut und der Vertrag weiterläuft – jederzeit auf Ende eines beliebigen Kalendermonats kündigen kann, wobei ebenfalls eine Frist von 2 Monaten einzuhalten ist. Ähnlich wie beim etablierten Modell des Krankenkassenwechsels sollte ein Vertrag nur dann wechselbar sein, wenn ein Vertrag mit einem neuen Anbieter zustande gekommen ist – so würde die unreglementierte und missbrauchsermöglichende Ersatzversorgung (Art. 7) überflüssig und könnte gestrichen werden (siehe unten).

d. Verbot von automatischen Vertragsverlängerungen (Knebelverträge)

Bemerkung: Automatische Vertragsverlängerungen (oft um 12 Monate) sind in diversen Branchen (Fitnessabos, Zeitschriftenabonnemente) üblich und ein Ärgernis für den Kunden, da in der Praxis kaum jemand die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) vollständig liest und zusätzlich noch daran denkt, fristgerecht zu kündigen. Besteht eine Regelung für eine maximale Vertragslaufzeit, ist anzunehmen, dass die EVU versuchen werden, eine automatische Vertragsverlängerung (z.B. um 12 Monate) bei Nichtkündigung in ihren AGB festzuhalten. Der Konsumentenschutz schlägt daher ein Verbot solcher Knebelverträge vor und befürwortet eine Regelung wonach Kunden jederzeit nach Ablauf

der (Mindest)vertragsdauer mit einer Frist von 2 Monaten kündigen können (siehe Punkt oben).

e. Kombination mit anderen Angeboten

Bemerkung: Verschiedene EVU bieten nebst Elektrizität auch andere Dienstleistungen an, wie zum Beispiel Dienste, die auf die Versorgung durch Glasfaserkabel (Internet, TV, Telefonie) basieren. Es ist denkbar, dass diese Anbieter versuchen werden, durch Kombiangebote (Strom + andere Dienste) unfaire Kundenbindung (Lock-In) zu betreiben. Hier braucht es klare Rahmenbedingungen.

f. Kundenorientierte Vertrags- und Kündigungsbedingungen

Bemerkung: Um Konsumenten die Kündigung und den Wechsel zu einem neuen EVU zu erleichtern, sollte geprüft werden, ob Verträge elektronisch und per E-Mail (ev. mit handgeschriebener Unterschrift) rechtsgültig abgeschlossen und gekündigt werden können. Geprüft werden sollte ebenfalls, ob allenfalls das „One-Click-Modell“ (mit einem Klick den Stromanbieter wechseln) aus Grossbritannien eingeführt werden könnte, unter Berücksichtigung der Sicherheit der Kundendaten.

g. Einschränkung der Akquise

Bemerkung: Aggressive Akquisitionspraktiken in bestimmten Bereichen, wie z.B. der Krankenversicherung, müssen im Rahmen der Strommarkliberalisierung um jeden Preis vermieden werden. Telefonwerbung und Haustür-Verkauf müssen ausdrücklich verboten werden, und die Kunden müssen ein 14-tägiges Widerrufsrecht haben, um sich ihrer Wahl sicher zu sein und gegebenenfalls Rat suchen zu können.

h. Nationale Ombudsstelle

Bemerkung: Bei vollständiger Liberalisierung könnten viele Streitigkeiten zwischen Anbietern und KonsumentInnen entstehen, z.B. in Fällen missbräuchlicher Akquisition oder skrupelloser neuer Marktteilnehmer. Einige Länder, wie Frankreich, haben einen nationalen Energie-Ombudsmann eingerichtet. Seine Aufgabe ist es, einvernehmliche Lösungen für Streitigkeiten mit Unternehmen des Energiesektors vorzuschlagen und die KonsumentInnen über ihre Rechte zu informieren. Der Konsumentenschutz hält es für notwendig, dass im Rahmen der vollständigen Liberalisierung des Strommarktes in der Schweiz ein nationaler Ombudsmann nach diesem Modell eingerichtet wird. Bewährt hat sich in der Schweiz das Modell der Ombudscom (Telco), welche gesetzlich verankert ist.

i. Flexibilität

Um eine effizientere Nutzung des Netzes und der Energie zu gewährleisten, die sowohl den Zielen der Energiestrategie als auch den Konsumenten zugute kommt, unterstützt der Konsumentenschutz die Einführung dynamischer Tarife. Folgende Rahmenbedingungen (gemäss BEUC, Europäischer Verbraucherverband) sind im StromVG zu definieren, um den Wettbewerb zu entfallen:

- i. **Wahl:** Der KonsumentInnen muss immer die Wahl haben, ob er sich für ein flexibles Angebot entscheidet oder nicht. Konsumenten, die sich gegen flexible Tarife entscheiden, sollten immer Zugang zu Strom zu einem erschwinglichen fixen Preis haben.
- ii. **Verständlichkeit:** Angebote müssen für alle KonsumentInnen leicht verständlich sein. Sie müssen in der Lage sein, Technologien zur Energieeinsparung einzusetzen und damit ihren Stromverbrauch anzupassen. Um dies zu erreichen, sind Sensibilisierungskampagnen und finanzielle Anreize erforderlich, die auf die verschiedenen Konsumentengruppen zugeschnitten sind.
- iii. **Niedrigere Rechnungen:** Konsumenten, die sich für flexible Angebote entscheiden, sollten für ihre Teilnahme mit einer niedrigeren Rechnung belohnt werden.
- iv. **Transparente Informationen:** Die Informationen müssen klar, transparent und leicht vergleichbar sein, damit der Konsument mühelos erkennen kann, ob das Angebot seinen Bedürfnissen und seinem Lebensstil entspricht.

Nachfolgend nun konkrete Änderungsvorschläge der bestehenden Vorlage des StromVG:

Artikel	Verbesserungsvorschlag	Kommentar
Art. 6 Abs. 2:	Die Netzbetreiber bieten in der Grundversorgung ein Standard-Elektrizitätsprodukt an, das auf der Nutzung einheimischer sowie überwiegend oder ausschliesslich erneuerbarer Energie beruht.	Dass die Grundversorgung zu 100% aus einheimischer Energie bestehen soll, begrüsst der Konsumentenschutz. Dass sie nur «überwiegend», sprich zu mindestens 50%, auf erneuerbarer Energie beruht, ist in Anbetracht der Energiestrategie 2050 ungenügend. So werden zu wenig Anreize für Investitionen in neue erneuerbare Kraftwerke geschaffen und ein Abschied aus der Atomkraft rückt in weite Ferne. Die Grundversorgung muss einem «Green Default» entsprechen und zu 100% aus einheimischer, erneuerbarer und umweltfreundlicher Energie bestehen. Statt erst in der Verordnung soll diese Zusammensetzung besser im Gesetz festgelegt werden. Dabei sollen nicht die Ausbauziele gem. Art. 2 EnG massgebend sein, wie im erläuternden Bericht erwähnt, sondern die übergeordneten Ziele der Energiestrategie 2050, die eine 100% erneuerbare und umweltfreundliche Stromversorgung vorsehen. Ausserdem ist es wichtig, dass es ein Standardprodukt in der Grundversorgung – analog der Grundversicherung im Bereich der Krankenkasse – für die ganze Schweiz gibt und nicht jeder Verteilnetzbetreiber ein eigenes Produkt anbietet, da sonst die Vergleichbarkeit des Tarifs unnötig erschwert wird.
Art. 6. Abs. 4 soll mit einem neuen Artikel zur Differenzierung der Stromqualitäten ergänzt werden:	Der Bundesrat regelt die Einzelheiten; insbesondere legt er fest: b. (neu) die Differenzierung der Stromqualitäten gemäss ihrer Umweltauswirkungen und Zertifizierung nach anerkannten ökologischen Kriterien.	Der «geeignete Referenzmassstab» für angemessene Strompreise soll sich für die Grundversorgung mit erneuerbarem Strom weiterhin an den Gestehungskosten abzüglich allfälliger Unterstützungen orientieren und auch privat oder genossenschaftlich betriebene Erzeugungsanlagen berücksichtigen. Die Berechnung der Referenzgestehungskosten soll dabei zwischen Stromqualitäten gemäss ihrer Erzeugungsart/Technologie (Wasser, Wind, PV, Biomasse) und ihren Umweltauswirkungen (Strom der nach anerkannten ökologischen Kriterien differenzieren.

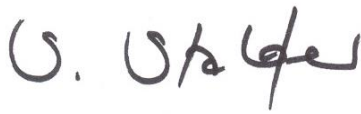
		Der bisherige Bst. b gemäss Vorschlag des Bundesrates entfällt, wenn der Mindestanteil 100% beträgt (siehe Kommentar zu Art. 6 Abs. 2)
Art. 7 Ersatzverordnung	Es braucht es einen ergänzenden Artikel: 2. Endverbraucher, die pro Jahr weniger als 100 MWh verbrauchen und von ihrem Recht auf freien Netzzugang keinen Gebrauch machen, fallen automatisch in die Grundversorgung gemäss Art. 6 Abs. 1.	Der Konsumentenschutz sieht in der unreglementierten Ersatzversorgung ein grosses Missbrauchspotenzial. Er schlägt vor, dass Endverbraucher (< 100 MWh), die aus dem freien Markt fallen, automatisch in die Grundversorgung aufgenommen werden.
Art. 7 Ersatzverordnung	Falls die Ersatzversorgung für kleine Konsumenten beibehalten wird, braucht es einen ergänzenden Absatz: Der Bundesrat setzt eine angemessene Obergrenze für die Tarife der Ersatzverordnung fest.	Falls für Endverbraucher, die weniger als 100 MWh pro Jahr verbrauchen, an der Ersatzversorgung festgehalten wird, braucht es eine Tarif-Obergrenze oder andere Massnahmen, um den potenziellen Missbrauch einzuschränken und den Haushalten einen Tarif zu garantieren, der sich nicht wesentlich vom Grundversorgungsgrad unterscheidet.
Art. 12, Absatz 2 Information und Rechnungstellung	<u>Verbessern:</u> Der Bundesrat bestimmt kann vorsehen , dass Anbieter von Elektrizität konkrete Angaben zur Herkunft der Elektrizität machen und bestimmte Vertragsbedingungen offenlegen müssen offen legen . Der Bundesrat gewährleistet die Vergleichbarkeit von Produkten für Endverbraucher, indem er für Stromversorger verbindliche Rahmenbedingungen festlegt.	Die Kommunikation der Angebote der Stromlieferanten im freien Markt muss transparent und miteinander vergleichbar sein. Ansonsten kann der Markt (wie im Telekommunikationsbereich) nur ungenügend spielen, weil die Konsumenten die nötige Transparenz nicht vorfinden. Die Europäische Verbraucherorganisation (BEUC) empfiehlt: - Informationen über Angebote müssen klar, vergleichbar und glaubwürdig sein. - Irreführende Angebote müssen verboten werden. - Umweltbezogene Angaben in Bezug auf «grünen Strom» müssen transparent sein und genau das bieten, was sie versprechen, d.h. die Konsumenten müssen das bekommen, wofür sie ihrer Meinung nach bezahlen, was bedeutet, dass ihr Geld in neue Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien investiert wird. - Die Umweltauswirkungen dieser grünen Produkte müssen messbar, klar kommuniziert und die Rückverfolgbarkeit gewährleistet sein.
Art. 12 Information und Rechnungstellung	<u>Hinzufügen eines dritten Absatzes</u> Der Bundesrat schafft die Rechtsgrundlagen, damit die Elcom eine Vergleichsplattform insbesondere für Ökostromangebote	Die KonsumentInnen müssen im Sinne der Energiestrategie 2050 Zugang zu zuverlässigen und neutralen Informationen haben, die es ihnen ermöglichen, eine fundierte Kaufentscheidung zu treffen.

	schafft, um zuverlässige und klare Informationen für Endkunden zu gewährleisten.	Eine neutrale Vergleichsplattform fördert den Wettbewerb und senkt den Aufwand für die Konsumenten. Privatwirtschaftliche Anbieter von Vergleichsplattformen verteuern in der Regel indirekt die Preise der Anbieter, indem sie Klick- und Listinggebühren erheben und/oder sie sind nicht wirklich neutral, weil sie zahlende Anbieter bevorzugen. Daher erachtet der Konsumentenschutz eine neutrale über die Elcom betriebene Plattform als zentrales Element für einen gut funktionierenden und transparenten Markt.
Art. 13a, Absatz 1 Wechselprozesse	<u>Hinzufügen eines Buchstaben e:</u> die maximalen Kosten durch Anbieterwechsel.	Es ist nötig, dass die maximalen Kosten eines Wechsels von einem Anbieter zu anderen, limitiert werden.
Art. 14 Netznutzungsentgelt und Netznutzungstarife	<u>Hinzufügen eines Absatzes 3^{quater}:</u> Die Netznutzungsentgelte dürfen unter keinen Umständen Kosten im Zusammenhang mit der Vermarktung von Stromangeboten des freien Markts beinhalten.	Es muss sichergestellt werden, dass die Marketing- und Vertriebskosten in den Strompreisen und nicht in den Netzkosten enthalten sind. Diese Kosten sollten zudem transparent und nachvollziehbar eingesehen werden können.
Art. 14 Abs. 3bis, a, b entfällt	<u>Änderung:</u> Für Endverbraucher ohne Leistungsmessung weist der Netznutzungstarif eine einheitliche, nicht-degressive Arbeitskomponente (Rp./kWh) von 100 Prozent auf.	Eine Absenkung des Mindestanteils am Arbeitstarif (gem. Bst. a) ist ein Schritt in die falsche Richtung. Damit werden Anreize für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch geschmälert, was der Bundesverfassung (Art. 89 Abs. 1), dem StromVG (Art. 14 Abs. 3 Bst. e) sowie dem Verursacherprinzip widerspricht. Diese vorgesehene Änderung im StromVG läuft den Zielen der Energiestrategie diametral entgegen, sie ist umzukehren: Der Mindestanteil nicht-degressiver Arbeitstarif ist im Sinne der Energiestrategie und der Konsumenten sowie Prosumenten auf 100% zu erhöhen. Der Konsumentenschutz würde es vorziehen, wenn die Regelung auf Verordnungsebene verankert würde, wie bisher.
Art. 17b^{ter}, Absatz 2 Datenaustausch und Informationsprozesse	<u>Verbessern:</u> Eine Bearbeitung von Mess- und Stammdaten, die zur vorschriftsgemässen Aufgabenerfüllung nicht	Der Umgang mit personenbezogenen Daten muss konkretisiert und eingegrenzt werden, um Missbrauch zu verhindern.

erforderlich ist, darf nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Betroffenen erfolgen. Die personenbezogenen Daten des Kunden dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden und ihre interne Verwendung darf nur zur Erfüllung der Vorschriftsgemässen Aufgabenerfüllung erfolgen.

Vielen Dank für die Berücksichtigung der Anliegen der Konsumenten.

Freundliche Grüsse



Sara Stalder
Geschäftsleiterin



Raffael Wüthrich
Leiter Energie & Nachhaltigkeit

* * *

Für eventuelle Rückfragen stehen Ihnen folgende Ansprechpersonen zur Verfügung:

Raffael Wüthrich, Leiter Nachhaltigkeit & Energie: 031 370 24 30 r.wuethrich@konsumentenschutz.ch

Sara Stalder, Geschäftsleiterin: 078 710 27 13 s.stalder@konsumentenschutz.ch

[Schweiz. Konsumentenforum kf, Belpstrasse 11, 3007 Bern](#)

Elektronischer Versand
Eidgenössisches Departement UVEK
Bundesamt für Energie
Sektion Marktregulierung
3003 Bern
stromva@bfe.admin.ch

Bern, 31.1.2019

Vernehmlassung zur Revision des Stromversorgungsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Schweizerische Konsumentenforum kf nimmt Bezug auf die von Ihnen versandte Vernehmlassung zur Revision des Stromversorgungsgesetzes (StromVG) und dankt Ihnen für die Möglichkeit, sich dazu zu äussern. Folgende Bemerkungen und Anregungen legen wir Ihnen dar:

1. Allgemeine Bemerkungen:

Das kf vertritt als liberale Stimme die mündigen Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz. Als solche setzen wir uns für einen funktionierenden, wettbewerbsorientierten Strommarkt ein, der Effizienz, Innovation und Wahlfreiheit schafft – und damit einen Gewinn für Volkswirtschaft, Umwelt und Bevölkerung darstellt.

Das kf spricht sich deshalb für eine vollständige Strommarktöffnung aus. Überflüssige und übers Ziel schießende neue Regulierungen, die teils sogar Probleme mit Blick auf ein für die Schweiz bedeutendes Stromabkommen mit der EU schaffen würden, lehnen wir ab. Dies betrifft insbesondere die Ausgestaltung der künftigen Grundversorgung (GV), die das kf im Grundsatz befürwortet, sowie die Zuständigkeit hinsichtlich Energieversorgung und Netzbetrieb. Mit Bezug auf die Swissgrid-Governance soll das Fachwissen aus Unternehmen der Strombranche auch künftig angemessen im Vorstand vertreten sein.

Als Massnahme bei extremen Engpässen der Stromversorgung (z.B. Ende Winter) begrüsst das kf die Schaffung einer strategischen Speicherreserve. Hingegen ist festzuhalten, dass diese keine langfristige Versorgungssicherheit, respektive Investitionsanreize in die Schweizer Energieproduktion, schafft. Die Einführung eines Kapazitätsmarktes, wie ihn andere europäische Länder bereits praktizieren, kann dazu einen bedeutenden Beitrag leisten.

2. Detaillierte Bemerkungen:

- **Zustimmung Grundversorgung, Ablehnung Preisregulierung:** Das kf begrüsst die Schaffung einer Grundversorgung (GV) für diejenigen Konsumentinnen und Konsumenten, die den Eintritt in den freien Markt nicht machen wollen oder nach einem Wechsel in diese zurückkehren möchten. Würde der Preis in der GV reguliert, führte dies aber zu einer Marktverzerrung, die unnötig wäre: Konsumenten haben ja nach der Marktöffnung – im Gegensatz zu heute – die Möglichkeit, ihren Stromanbieter zu wechseln. Mit dieser Wechselmöglichkeit werden die Grundversorger automatisch in ihrer Preissetzung diszipliniert. Deshalb soll analog zu den meisten EU-Ländern nur eine Missbrauchsaufsicht gelten.

- **Zustimmung zur Wechselmöglichkeit:** Die Konsumenten sollen die Möglichkeit erhalten, zwischen Grundversorgung und freiem Markt zu wechseln. Eine Wechselmöglichkeit nur einmal jährlich würde die Wahlfreiheit der Konsumenten jedoch zu stark einschränken. Das kf fordert, dass die Vertragsfreiheit

auch in der Grundversorgung flexibel wahrgenommen werden kann und ein Wechsel jederzeit möglich ist.

- **Trennung der Verantwortlichkeit für Energieversorgung und Netzbetrieb:** Mit der Revision des StromVG sollte die Zuständigkeit für den Netzbetrieb einerseits und die Energieversorgung andererseits neu bestimmt werden: Das Kf fordert, dass die Energieversorgung dem Energieversorger, bzw. Stromlieferanten obliegt und der Netzbetrieb dem Netzbetreiber. Verantwortlich für die GV soll dementsprechend künftig der Energieversorger sein. Damit wird nicht nur den bestehenden Entflechtungsvorgaben Rechnung getragen, sondern es werden auch wichtige Vorgaben mit Blick auf ein EU-Stromabkommen erfüllt.

- **Ablehnung einer monatlichen/Quartals-Qualitätskennzeichnung:** Der vorgesehene Qualitätsstandard in der GV (100% schweizerisch, vorwiegend oder ausschliesslich aus erneuerbaren Energien) ist zu begrüssen, nicht jedoch eine Kennzeichnung auf Quartals- oder Monatsbasis. Diese schafft für den Konsumenten kaum erkennbaren Mehrwert und auch keinen Investitionsanreiz in erneuerbare Energie. Mit der hohen Kadenz der Qualitätskennzeichnung käme es zu enormem administrativen Aufwand, und die Kosten dafür müssten wiederum die Konsumenten tragen.

- **Zustimmung zu einer Speicherreserve:** Das Kf befürwortet die Bildung einer strategischen Speicherreserve für kritische Extremsituationen. Im Sinne der Konsumenten sind Marktverzerrungen jedoch zu verhindern, weshalb die Speicherreserve über den Intraday-Markt und nicht über die Verrechnung als Ausgleichsenergie bereitgestellt werden soll. Allerdings kann die Speicherreserve die Herausforderung der langfristigen Versorgungssicherheit nicht lösen. Zu diesem Zweck sind weitere Massnahmen notwendig, beispielsweise die Einführung eines Kapazitätsmarktes, wie dies auch in anderen europäischen Ländern bereits erfolgreich geschehen ist.

- **Swissgrid-Governance wirtschaftsnah regeln:** Die Swissgrid muss unabhängig und öffentlich bestimmt sein. Dies ist bereits heute gesetzlich geregelt, weshalb ein gestuftes Vorkaufsrecht von Swissgrid-Aktien volkswirtschaftlich verfehlt ist. Zudem würde mit einem Besetzungsverbot des Verwaltungsrats mit Vertretern aus Erzeugungs- oder Handelsunternehmen wichtiges branchenspezifisches Knowhow im Verwaltungsrat verloren gehen.

Wir hoffen, dass Sie sich unserer Argumentation anschliessen können und stehen Ihnen für weitere Informationen oder Erläuterungen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Babette Sigg Frank
Geschäftsführende Präsidentin Kf

Office fédéral de l'énergie
Section Régulation du marché
stromvg@bfe.admin.ch
3003 Berne

Lausanne, le 19 décembre 2018

Consultation relative à la révision de la Loi sur l'approvisionnement en électricité

Madame, Monsieur,

La Fédération romande des consommateurs (FRC) vous remercie de l'avoir associée à la consultation relative à la révision de la Loi sur l'approvisionnement en électricité qui inclut l'ouverture complète du marché, la réserve de stockage et la modernisation de la régulation du marché, et vous prie de trouver sa prise de position ci-après. Elle ne s'exprime que sur les aspects touchant directement les petits consommateurs (moins de 100 MWh).

Remarques générales sur le projet

1. Nouvelle réglementation proposée

a. Ouverture complète du marché

La deuxième étape de l'ouverture du marché de l'électricité prévoit de permettre aux petits consommateurs (moins de 100 MWh) d'accéder au marché. Ne touchant que la composante « énergie » de la facture d'électricité, laquelle est responsable de 38% de son total, elle ne révolutionnera pas le budget des ménages. Toutefois, la libéralisation partielle actuelle étant la source de distorsions importantes qui desservent autant les petits clients finaux que certaines entreprises, l'ouverture totale pourrait améliorer cette situation insatisfaisante.

Dans un marché non libéralisé, les consommateurs sont de simples usagers qui n'ont pas de rôle actif à jouer, mais le tarif réglementé leur offre une certaine protection. Ouvrir entièrement le marché offre aux consommateurs la possibilité de devenir acteurs du marché, mais **cette liberté de choix comporte aussi des risques**. Par exemple celui de faire des choix erronés ou mal informés, l'impossibilité de comparer les offres ou des discriminations injustifiées de prix. Il est donc indispensable de conserver, voire créer, certains outils permettant de protéger les consommateurs, plus particulièrement les plus vulnérables d'entre eux.

Fédération romande des consommateurs FRC, Rue de Genève 17, case postale 6151, CH-1002 Lausanne
Tél. 021 331 00 90, info@frc.ch, www.frc.ch

La FRC est membre de l'Alliance des organisations des consommateurs

Alleanza delle organizzazioni dei consumatori
Alliance des organisations des consommateurs
Allianz der Konsumentenschutz-Organisationen



Ainsi, du fait que la libéralisation totale a le potentiel de rendre la situation plus équitable entre petits et grands consommateurs et d'offrir un réel outil permettant à l'actuel consommateur captif ne plus être qu'un simple payeur, **la FRC se prononce globalement en faveur de l'ouverture complète du marché de l'électricité. Ceci sous réserve de la mise en place des garde-fous nécessaires exposés dans le présent document, indispensables pour qu'elle puisse avoir des effets positifs.** Pour protéger efficacement le consommateur, la FRC défend particulièrement le maintien de la possibilité de rester en tout temps dans l'approvisionnement de base avec tarif régulé, la transparence et l'encadrement des offres des fournisseurs d'énergie, ainsi que les mesures (p.ex. la mise en place de tarifs dynamiques) permettant à tous les clients finaux de devenir acteurs de leur consommation.

En outre, la FRC estime que la libéralisation totale du marché doit renforcer la séparation actuelle insuffisante entre les activités régulées de réseau et les activités de fourniture d'énergie afin, entre autres, d'éviter tout subventionnement croisé. Si elle salue les mesures prises au niveau de la loi pour mieux séparer les éléments ayant trait au réseau de ceux relatifs à l'énergie, il est également nécessaire que cette séparation soit accompagnée par une simplification des normes et plus de transparence pour le consommateur.

b. Approvisionnement de base en électricité

Pour la FRC, l'électricité et un bien de base. Elle doit être disponible en tout temps et l'approvisionnement de chacun doit être garanti.

La mise en place d'un modèle d'approvisionnement de base avec un tarif régulé est un bon moyen de protéger certaines catégories de consommateurs sans affecter la liberté de choix. Il a l'avantage de réduire les risques de voir les fournisseurs mettre en place des prix injustifiés en défaveur des clients inactifs et offre également la possibilité aux clients insatisfaits de trouver une certaine protection face aux évolutions brutales de prix ou à d'éventuelles sollicitations intempestives. Il a aussi l'avantage d'offrir un référentiel de prix pour les consommateurs et les fournisseurs. Paradoxalement, le maintien d'un produit d'approvisionnement de base dont le tarif est régulé stimule ainsi la concurrence. De plus, les gestionnaires d'un réseau de distribution local (GRD) étant amenés à proposer un produit composé exclusivement d'énergie indigène en majeure partie renouvelable, cela permet parallèlement de répondre aux objectifs de la Stratégie énergétique 2050 plébiscitée par la population et de stimuler les investissements dans les énergies renouvelables.

La FRC est donc favorable au principe de maintenir un modèle d'approvisionnement de base en électricité dans le cadre du marché libéralisé. En revanche, elle estime que le modèle proposé contient deux biais majeurs. D'abord, le rôle de l'approvisionnement de base est aussi de protéger le client contre les éventuelles défaillances de son fournisseur (nouvel entrant ou historique). Le retour à cet approvisionnement de base doit donc être possible en tout temps, ceci afin de pallier des problèmes tels que le défaut de fourniture, la disparition d'un acteur du marché, l'escroquerie, etc.

Or, ce retour n'est pas automatique dans le projet de révision de la LApEI soumis à consultation. Il est au contraire prévu de pallier à ces défaillances par un système d'approvisionnement de remplacement (rapport explicatif, p.30) « assuré par le fournisseur de l'approvisionnement de base, c'est-à-dire par le gestionnaire du réseau de distribution local. Celui-ci n'est alors soumis à aucune régulation tarifaire. Mais l'EICom a la possibilité

d'intervenir si les conditions sont abusives. » Cette solution étant compliquée tout en étant susceptible de désavantager fortement les consommateurs, particulièrement ceux dont le fournisseur viendrait à faire défaut, un mécanisme automatique de retour à l'approvisionnement de base auprès du GRD local est préférable. Cela permet aussi de ne pas pénaliser exagérément une personne qui n'aurait subitement plus la possibilité de se consacrer à la recherche d'un nouveau fournisseur (maladie, urgence familiale ou professionnelle, etc.) alors que son contrat arrive à échéance.

Le deuxième problème majeur du modèle d'approvisionnement de base tel qu'il est prévu dans la révision de la LApEI est qu'il ne gommara pas les inégalités entre consommateurs au niveau suisse et n'améliorera pas la transparence, puisque chaque GRD proposera son propre produit. La FRC estime qu'il serait bien plus intéressant de disposer d'un seul produit au niveau national dont la proportion en électricité suisse issue des énergies renouvelables serait définie en fonction des objectifs de la stratégie énergétique. Pour définir un tarif régulé qui reflète les conditions du marché, la FRC préconise une moyenne établie sur la base de produits comparables établie au niveau national, différenciée selon le profil de soutirage des consommateurs finaux et fixée pour une année.

c. Régulation des tarifs de l'électricité

La régulation des prix de l'approvisionnement de base sert à protéger les consommateurs finaux qui y restent contre des désavantages tarifaires considérables. Dans le cas où un seul produit d'approvisionnement de base était appliqué à tous les consommateurs finaux, le contrôle s'en verrait simplifié et la transparence accrue. Il est de plus nécessaire que les paramètres définissant le ou les tarifs de l'approvisionnement de base permettent à l'EiCom de contrôler ce ou ces tarifs efficacement.

d. Approvisionnement de remplacement

La FRC salue les dispositions prises pour le cas où un fournisseur viendrait à faire défaut. Toutefois, elle n'est pas favorable au modèle d'approvisionnement de remplacement proposé (voir lettre b ci-avant). D'une part si le fournisseur fait défaut, le consommateur final n'a pas à être pénalisé. Or, sachant que les tarifs de l'approvisionnement de base et les prix du marché spot en vigueur peuvent servir de référence à la définition du tarif de l'approvisionnement de remplacement, cela implique qu'une personne dont le fournisseur viendrait à manquer au plus fort de l'hiver par exemple paierait le prix fort. Ensuite, le fait que ces tarifs ne soient pas régulés et qu'ils soient limités dans le temps les rendent très difficiles à contrôler. D'où un risque accru de tarifs abusifs. Si le modèle d'approvisionnement de remplacement est conservé dans la LApEI, la FRC estime indispensable de fixer une limite de prix au moins pour les ménages.

De plus, comme exposé dans le rapport explicatif (p.65) : *« il apparaît judicieux que les consommateurs finaux puissent réintégrer le libre marché ou l'approvisionnement de base après seulement un mois. »* Le rapport précise encore que *« [l]e choix d'un délai aussi court que possible se justifie par le fait que l'approvisionnement de remplacement ne relève pas d'un régime tarifaire mais d'une surveillance des conditions abusives. »* La FRC estime ainsi que si le modèle de l'approvisionnement de remplacement est conservé dans la LApEI, il est nécessaire d'y inclure le délai maximum d'un mois avant retour à l'approvisionnement de base ou à un autre contrat sur le marché libre. Seule une durée aussi courte rend la surveillance superficielle de ces tarifs acceptable.

e. Processus et coûts de changement

Le rapport explicatif (p.30) évoque le projet d'autoriser les entrées et sorties dans l'approvisionnement de base à la fin de chaque année. Toutefois, il indique également que « [l]a licéité du changement de fournisseur sur le libre marché dépend des conditions de résiliation contractuelles. » Si la FRC approuve la possibilité de sortir ou revenir à l'approvisionnement de base une fois par an, elle s'inquiète de la très grande liberté offerte aux fournisseurs sur marché libre concernant les conditions de résiliation des contrats établis avec les consommateurs finaux. Il y a ici deux dangers principaux, d'abord celui de voir les conditions générales différer à tel point entre les fournisseurs, du point de vue du produit offert comme des conditions de résiliation, qu'il sera impossible pour le client final de comparer les offres. D'autre part, celui de voir les petits consommateurs captifs de contrats dont ils ne veulent pas en raison de clauses abusives dont ils n'avaient pas conscience au moment de la signature, comme c'est déjà souvent le cas dans de nombreux domaines.

Pour inciter davantage les consommateurs à aller s'approvisionner sur le marché libre et ainsi stimuler la concurrence, il doit être libre de pouvoir basculer entre les fournisseurs avec un minimum de contraintes. Surtout, pour susciter sa confiance, la FRC estime que les conditions générales des contrats de fournitures doivent être basées sur un même modèle.

Les éléments suivants doivent donc être intégrés lors de la révision des ordonnances découlant de la révision de la LApEI :

- a. Limitation de la durée maximale du contrat à 12 mois avec délai de préavis de résiliation de 2 mois : il est important de trouver un juste milieu entre une durée de contrat trop longue qui nuirait à la concurrence et une durée trop courte qui impliquerait des frais administratifs injustifiés pour les fournisseurs. Dès la durée maximale de 12 mois atteinte, le contrat pourrait être résilié moyennant un préavis de 2 mois.
- b. Interdiction des reconductions tacites de contrats : les renouvellements tacites de contrats (souvent pour 12 mois) sont courants dans différents secteurs d'activité (abonnements fitness, abonnements à des magazines) et constituent une nuisance pour le client. Dans la pratique, rares sont les personnes qui lisent les conditions générales (CG) dans leur intégralité et pensent à résilier dans les temps. La FRC préconise donc leur interdiction et une réglementation permettant aux clients de résilier le contrat à tout moment après l'expiration de la période contractuelle minimale avec un préavis de 2 mois (voir point ci-dessus).
- c. Combinaison avec d'autres offres : il est fort probable que certains fournisseurs multi-services tentent de fidéliser les clients par le biais d'offres combinées (électricité + autres services tels que internet, TV, etc.). Bien que des offres intéressantes puissent voir le jour, cela implique aussi un « lock-in » du client. L'OFEN devrait donc examiner si (et quelle) réglementation pourrait avoir du sens dans ce domaine.
- d. Conditions générales de contrat et de résiliation orientées client : pour faciliter la résiliation du contrat par les consommateurs et le passage à un nouveau fournisseur, il convient d'étudier les possibilités de conclure les contrats par voie électronique et par courrier électronique (éventuellement avec signature manuscrite). La FRC préconise en particulier l'introduction d'un « one-click-

model » (changement de fournisseur d'électricité en un clic) tel que mis en place en Grande-Bretagne. Ce type de modèle limitant les frais administratifs, il peut en effet être intéressant pour le fournisseur comme le client final, pour autant que la sécurité des données soit garantie. Pour limiter ces frais, il devrait aussi être possible de renoncer aux factures papier pour les consommateurs qui le souhaitent.

Concernant les coûts de changement de fournisseur, le rapport explicatif indique à juste titre (p.30) que « *[p]our éviter que les gestionnaires de réseau de distribution n'entravent l'ouverture complète du marché par des coûts de transaction, il leur est interdit d'imputer individuellement leurs coûts de changement, qu'il s'agisse de coûts de réseau ou de coûts d'énergie, au consommateur final concerné.* » **Sur ce point, la FRC estime qu'il est nécessaire de réguler les coûts de changement et d'établir une limite de coûts autorisés. Il est également nécessaire de préciser quels coûts marketing et de démarchage doivent être inclus dans les tarifs énergie.** Ceci afin d'éviter de renchérir les coûts de réseau de manière inappropriée, les subventionnements croisés, ou encore que ces coûts soient exclusivement imputés à l'approvisionnement de base.

f. Déclaration de produit

Le rapport explicatif mentionne (p.30) que le Conseil fédéral est habilité à contraindre les fournisseurs d'électricité à communiquer certaines informations sur l'électricité proposée. La FRC estime toutefois que cette disposition ne va pas assez loin. En effet, **des dispositions spécifiques incitant à une communication transparente des tarifs de l'électricité et offrant la possibilité au consommateur de véritablement comparer les produits doivent être mises en place.** De plus, pour permettre la comparaison des produits et ne pas se retrouver dans une situation aussi opaque que celle des assurances complémentaires du domaine de la santé, **l'harmonisation de leurs conditions de base est nécessaire.** Sans cela, il sera impossible d'avoir une vue d'ensemble et donc de faire un choix éclairé pour le consommateur.

Dans le domaine des offres « vertes » (courant renouvelable) et pour que celles-ci servent réellement les objectifs de la Stratégie énergétique, les consommateurs doivent être sûrs que leur soutien aux énergies renouvelables est utilisé à bon escient. Comme le préconise le Bureau européen des unions de consommateurs (BEUC)¹ :

- Les informations concernant les offres vertes doivent être claires, comparables et crédibles.
- Les offres vertes trompeuses doivent être interdites.
- Les allégations environnementales doivent être transparentes et offrir exactement ce qu'elles promettent, c'est-à-dire que les consommateurs doivent obtenir ce pour quoi ils pensent payer, impliquant que leur argent est investi dans de nouvelles installations de production de courant renouvelable.
- Les impacts environnementaux de ces produits verts doivent être mesurables, clairement communiqués et la traçabilité garantie.

¹ http://www.beuc.eu/publications/beuc-x-2016-002_jmu_trustworthy_green_electricity_tariffs.pdf

La FRC estime donc que la présente loi doit être complétée pour garantir aux consommateurs des informations transparentes, fiables et claires sur les offres vertes afin d'être en mesure de faire des choix éclairés. Il est également nécessaire qu'elle incite les fournisseurs à être plus transparents sur les marges réalisées sur leurs produits verts et sur les fins auxquelles celles-ci sont allouées.

g. Marquage de l'électricité

Comme mentionné dans le rapport explicatif (p.30), il est nécessaire d'aller vers plus de transparence en consignait les garanties d'origine de manière plus réaliste, c'est-à-dire en rapprochant les périodes de production et de consommation. En ce sens, **la FRC soutient l'adaptation annoncée de l'ordonnance du DETEC sur la garantie d'origine et le marquage de l'électricité (OGOM).** Toutefois, si elle salue la consignation des GO sur une base trimestrielle ou mensuelle, elle estime qu'il serait possible et encore plus transparent de les consigner au plus proche de la réalité, c'est-à-dire sur la durée la plus courte possible (idéalement 15 minutes).

2. Réserve de stockage

La FRC approuve la mise en place de la réserve de stockage préconisée pour renforcer la sécurité d'approvisionnement en Suisse. Elle salue les coûts limités de cette mesure pour les consommateurs finaux qui la financeront via la rétribution de l'utilisation du réseau de transport. Elle insiste en revanche sur la nécessité de communiquer de manière transparente si ceux-ci venaient à augmenter.

3. Nouvelle tarification du réseau et régulation Sunshine

La FRC soutient la modification de la tarification du réseau proposée dans le cadre de la révision de la LApEI. Permettre d'intégrer une composante puissance plus importante au tarif réseau est une revendication de longue date de la FRC. Non seulement, comme le mentionne le rapport explicatif (p.34), cela permettra que « *les coûts de réseau facturés aux consommateurs finaux soient plus conformes au principe de causalité* », mais cela permet aussi de limiter les coûts de réseau en évitant des développements inutiles de celui-ci.

Pour inciter à la recherche de gains d'efficacité et à une meilleure qualité des prestations rendues par les GRD malgré le monopole dans ce domaine, elle soutient également la publication des résultats des comparatifs entre GRD réalisés par l'EICOM dans le cadre de la régulation Sunshine.

La FRC estime toutefois que la législation devrait laisser davantage de latitude aux GRD de mettre en place des **tarifs réseau dynamiques**. Ceci afin de permettre aux clients finaux de disposer de plus d'outils leur permettant de devenir acteurs de leur consommation.

4. Flexibilités

La FRC soutient la modification de la LApEI permettant d'intégrer les flexibilités dans le marché à court ou moyen termes afin qu'elles puissent servir à contrer les congestions du réseau. Elle salue également la disposition mentionnant explicitement que la flexibilité appartient au consommateur final, à l'exploitant de stockage ou au producteur concernés,

identifiés explicitement comme les « détenteurs de flexibilité ». Pour utiliser ces flexibilités, les GRD doivent établir des contrats uniforme et rémunérer leur utilisation, exception faite en cas de « *menace immédiate et importante pour la sécurité de l'exploitation du réseau* » (art. 17b^{bis}, al. 4, let. c). Si cette disposition est compréhensible, **la FRC est plus critique concernant les autres exceptions mentionnées à l'art. 17b^{bis}, al. 4, let. a et b** : elle estime en effet que celles-ci doivent être restreintes au maximum afin d'éviter les cas où ces flexibilités sont utilisées sans le consentement de leur propriétaire.

En outre, afin de garantir une utilisation plus efficiente du réseau et de l'énergie qui bénéficie aux objectifs de la Stratégie énergétique comme aux consommateurs, **la FRC est favorable à l'introduction de tarifs dynamiques également dans le domaine de l'énergie**, typiquement ceux basés sur une flexibilité de la demande. Un certain encadrement est toutefois nécessaire pour que ceux-ci puissent déployer les effets recherchés et ne pas nuire au consommateur. Dans ce domaine, la FRC recommande d'introduire dans la LApEI et les ordonnances correspondantes les dispositions reflétant les prescriptions ci-après énoncées par le BEUC dans son papier de position sur les offres flexibles² :

1. Choix : le consommateur doit toujours avoir le choix d'opter ou non pour une offre flexible. Les personnes qui décident de ne pas opter pour des tarifs variant au cours de la journée doivent toujours avoir accès à de l'électricité à un prix abordable.
2. Intelligibilité : les offres doivent être facilement compréhensibles pour tous les consommateurs. Ils doivent être en mesure d'utiliser la technologie pour économiser l'énergie et se sentir en confiance pour adapter leur consommation d'électricité. Pour y parvenir, des campagnes de sensibilisation et des incitations financières adaptées aux différents groupes de consommateurs sont essentielles.
3. Factures moins élevées : les consommateurs qui optent pour des offres flexibles doivent être récompensés de leur participation par une baisse de leur facture.
4. Information transparente : l'information doit être claire, transparente et facile à comparer afin de permettre au consommateur de se rendre compte facilement si l'offre correspond à ses besoins et à son mode de vie.
5. Confiance dans le marché : le régulateur doit surveiller les prix et être en mesure d'intervenir en cas de manipulation de ceux-ci afin de garantir des marchés de l'énergie réellement concurrentiels.

5. Réduction des inégalités de traitement

Si la présente révision de la LApEI permet effectivement de réduire les inégalités de traitement dans certains domaines (rapport explicatif, p.39), la FRC regrette qu'elle ne les supprime pas. Afin que le système soit juste, transparent et efficient dans le domaine de l'énergie comme du réseau, **il est nécessaire de revoir les faveurs accordées aux gros consommateurs industriels** (remboursement du supplément sur le réseau de transport). En outre, si les grands consommateurs doivent répondre à des objectifs d'économie d'énergie pour pouvoir profiter d'allègements financiers, cela doit être communiqué de manière transparente.

² http://www.beuc.eu/publications/beuc-x-2017-021_smart_flexible_electricity_offers.pdf

6. Systèmes de mesure

La LApEI révisée propose que les gros consommateurs finaux et les exploitants de grandes installations de production électrique aient le libre choix du fournisseur de prestations de mesure et d'exploitation des stations de mesure, contrairement aux petits consommateurs finaux (rapport explicatif, p.39). **La FRC soutient le maintien des systèmes de mesure dans le monopole pour les petits consommateurs.** Une libéralisation totale dans ce domaine serait en effet prématurée : les petits consommateurs auront déjà suffisamment d'offres à étudier s'ils veulent changer de fournisseur d'énergie. Libéraliser les compteurs en plus de l'énergie ne ferait que brouiller le message pour la grande majorité de la population qui n'est pas spécialiste du domaine de l'électricité.

Le rapport mentionne également (p.39) que pour assurer la protection des petits consommateurs finaux ou producteurs d'électricité et exploitants de stockage de moindre taille, « *il est prévu que la rémunération perçue pour les prestations de mesure sera calculée au moyen de tarifs de mesure que les gestionnaires de réseau devront fixer sur la base des coûts imputables pour une année.* » **Non seulement la FRC soutient cette disposition ainsi que le contrôle de ces tarifs par l'ElCom, mais elle salue également expressément l'amélioration de la transparence de la communication des coûts de mesure** qui seront désormais mentionnés séparément des autres coûts de réseaux sur la facture de tous les consommateurs finaux (art. 12, al. 3).

Pour ce qui est des appareils de mesure même, la FRC estime indispensable d'interdire toute pratique anticoncurrentielle et conception de produits qui rendrait le changement de fournisseur plus difficile pour les consommateurs. **C'est pourquoi des normes communes garantissant la compatibilité entre les différents éléments logiciels et matériels doivent être établies.**

La FRC continue également à défendre une meilleure répartition des coûts des compteurs intelligents entre gestionnaires de réseau et consommateurs. Car si ces appareils ont le potentiel de contribuer à améliorer l'efficacité énergétique et de réduire les coûts pour les consommateurs, ils bénéficieront aussi aux gestionnaires de réseau pour la mise en place d'un réseau intelligent. C'est pourquoi la FRC estime que les coûts des *smart meters* doivent être équitablement partagés.

En outre, pour que le consommateur puisse réellement bénéficier de cette technologie afin d'optimiser sa consommation d'énergie, il est indispensable qu'il bénéficie gratuitement de services complémentaires facilitant la lecture des données ainsi que la mise en place de mesures d'économies personnalisées. Il doit également pouvoir choisir quand est opéré le télérelevé de ses données (cf. point sur la protection des données). **La FRC estime que la LApEI doit être complétée pour intégrer ces éléments favorables aux consommateurs.**

A noter encore que les *smart meters* font régulièrement l'objet de craintes de la part des personnes électrosensibles. Sachant que leur déploiement est prévu sur l'ensemble du territoire à moyen terme, il serait avisé d'étudier la possibilité d'installer des filtres à champs électro-magnétiques là où cela se justifie pour les personnes qui le demanderaient. De plus, comme relevé par l'Agence nationale de sécurité sanitaire ANSES en France, il est également fortement conseillé aux opérateurs impliqués dans le déploiement de ces nouvelles technologies de fournir une meilleure information au public quant à leurs modalités de fonctionnement actuel et futur, s'agissant en particulier de la fréquence et de la durée des

expositions aux champs électromagnétiques auxquelles ces technologies peuvent conduire. **La LApEI devrait prévoir des dispositions en ce sens.**

Finalement, sachant que des millions de compteurs sont en train d'être mis au rebus pour être remplacés par des *smart meters*, la FRC s'interroge sur leur recyclage. Elle estime qu'une deuxième vie devrait être envisagée et/ou un plan de recyclage spécifiquement prévu dans le cadre du *roll-out*.

7. ElCom

La FRC soutient les tâches, compétences et pouvoirs supplémentaires alloués à l'ElCom dans le cadre de la présente révision. Elle estime en effet que le rôle du régulateur reste capital dans le cadre d'un marché libéralisé. Il est particulièrement important qu'il ait par exemple la compétence de surveiller les abus dans le cadre de l'approvisionnement de remplacement et de l'utilisation des flexibilités. **La FRC estime toutefois que ces compétences doivent être plus largement renforcées,** notamment :

- la surveillance des structures de marché doit être assurée pour garantir le respect des droits des consommateurs ;
- il est nécessaire que le régulateur surveille les prix de l'énergie sur le marché et puisse intervenir en cas de manipulation de ceux-ci ;
- il doit être chargé de déterminer le tarif régulé de l'approvisionnement de base tel qu'exposé au point 1 lettre b de la présente prise de position, lequel s'appliquera automatiquement aux consommateurs ne souhaitant pas faire usage de leur accès au réseau ou qui souhaitent revenir au tarif réglementé ;
- le régulateur doit également avoir pour mission d'aider les consommateurs à faire des choix éclairés et avoir un rôle de simplificateur. Pour cela, il doit être chargé d'améliorer l'information dont disposent les consommateurs concernant leur facture et les prix, assurer l'encadrement des ventes et permettre la comparaison des offres du marché. Dans cette optique, **la FRC préconise que le régulateur national existant (ElCom) exploite une plate-forme de comparaison, ce qui favoriserait la concurrence et réduirait les coûts pour les consommateurs.** Il est important que cette plateforme soit neutre et donc exploitée par le régulateur pour assurer le bon fonctionnement et la transparence du marché. En effet les plateformes privées augmentent généralement indirectement les prix en facturant des frais de clic et de référencement et/ou ne sont pas neutres car liées à des fournisseurs.

8. Sécurité des données dans le réseau intelligent

La FRC salue le renforcement des aspects relatifs à la sécurité et à la protection des données dans le cadre de la révision de la LApEI. Elle soutient plus spécifiquement les al. 2 et 3 de l'art. 17b^{ter} qui protègent le consommateur de toute utilisation autre que celles prévues par la loi sans son consentement et qui obligent les GRD à communiquer gratuitement leurs données de mesure et de référence aux consommateurs finaux. Les relevés de compteurs au quart d'heure peuvent devenir des données sensibles qui informent sur les habitudes ou l'état de santé d'une personne si les informations sont recoupées avec

d'autres données. Il convient donc de laisser les clients finaux conserver le contrôle de leur utilisation.

La FRC estime que la loi devrait être renforcée en mentionnant explicitement que :

- aucun profilage autre que pour le but visé, ne doit pouvoir être fait. Par exemple, une entreprise ne doit pas pouvoir créer un profil d'un client dans le but de revendre ces données (à des fins publicitaires par exemple). Elle ne doit pas non plus pouvoir croiser les données obtenues avec d'autres données afin de créer un profil plus complet du ménage ;
- Les clients finaux doivent pouvoir décider en tous temps avec qui ils partagent leurs données, quand, dans quel but et pour combien de temps ;
- ils doivent également être assurés que leurs données sont correctement cryptées et sécurisées pour éviter toute interception par un tiers ;
- En cas d'utilisation des données à des fins statistiques, les données doivent être parfaitement anonymisées (et non pas uniquement pseudonymisées) et ne doivent pas permettre une ré-identification ;
- les consommateurs doivent pouvoir obtenir facilement et gratuitement une copie de leurs données de consommation, et les éventuels profils qui en ont découlé, dans un format facilement compréhensible.

9. Eléments de protection des consommateurs absents de la nouvelle LApEI

a. Limitation du démarchage

Les pratiques agressives de démarchages qui ont cours dans certains domaines, par exemple celui des assurances maladie, doivent à tout prix être évitées dans le cadre de l'ouverture du marché de l'électricité. **Le démarchage téléphonique et le porte-à-porte doivent être explicitement interdits et les clients doivent bénéficier d'un droit de rétractation de 14 jours afin de pouvoir être sûrs de leur choix et de pouvoir se faire conseiller au besoin.**

b. Médiateur

De nombreux litiges pourraient émerger entre fournisseurs et consommateurs avec la libéralisation totale, par exemple dans des cas de démarchage abusif ou de nouveaux acteurs de marché peu scrupuleux. Certains pays, à l'instar de la France, ont ainsi mis en place un médiateur national de l'énergie aux côtés du régulateur sectoriel. Les missions de celui-ci sont de proposer des solutions à l'amiable aux litiges avec les entreprises du secteur de l'énergie et d'informer les consommateurs sur leurs droits. **La FRC estime nécessaire qu'un médiateur national soit instauré en Suisse sur ce modèle dans le cadre de la libéralisation totale du marché de l'électricité.**

Commentaires de détail sur le projet de modification de la LApEI

Article LApEI	Modification proposée	Commentaire
Art. 6, al. 2 Approvisionnement de base	<u>Modifier :</u> Dans l'approvisionnement de base, les gestionnaires de réseau proposent un le produit électrique standard basé sur l'utilisation d'énergie indigène et essentiellement ou exclusivement issue de sources d'énergie renouvelables.	La FRC préconise la mise en place d'un seul tarif national uniforme pour la Suisse.
Art. 6, al. 3 Approvisionnement de base	<u>Modifier :</u> Les Le tarifs d'électricité de l'approvisionnement de base sont est valable pour un an et doivent doit être uniformes pour les consommateurs finaux présentant les mêmes caractéristiques de consommation profils de soutirage. Il est établi en prenant en compte la moyenne des tarifs d'électricité comparables des principaux GRD. Ils sont considérés comme adéquats s'ils se situent dans la fourchette des prix du marché de produits électriques comparables durant l'année concernée (prix comparatifs du marché).	La FRC préconise la mise en place d'un seul tarif national uniforme pour la Suisse. Elle estime en outre les caractéristiques de soutirage plus appropriées que les caractéristiques de consommation.
Art. 7 Approvisionnement de remplacement	<u>Ajouter un al. 2 si le modèle d'approvisionnement de remplacement est maintenu :</u> Au-delà d'une durée de 1 mois en approvisionnement de remplacement, les consommateurs finaux consommant moins de 100 MWh et ne faisant pas usage de leur droit d'accès au réseau sont automatiquement approvisionnés selon l'art. 6 al. 1 (approvisionnement de base).	Les tarifs n'étant pas régulés ou surveillés, la durée en approvisionnement de remplacement doit être la plus courte possible et le retour à l'approvisionnement de base doit être automatique si aucune action n'est entreprise de la part du petit consommateur final.
Art. 7 Approvisionnement de remplacement	<u>Ajouter un al. 3 si le modèle d'approvisionnement de remplacement est maintenu :</u> Le Conseil fédéral fixe une limite supérieure aux tarifs de l'approvisionnement de remplacement garantissant un tarif adapté pour les ménages.	Une limite doit être fixée pour garantir aux ménages un tarif qui ne diffère pas de manière conséquente avec celui de l'approvisionnement de base.
Art. 12, al. 2 Information et facturation	<u>Modifier :</u> Le Conseil fédéral peut prévoir prévoit l'obligation pour les fournisseurs d'électricité de fournir certaines indications sur l'origine de l'électricité et de rendre publiques certaines conditions	La communication des offres des fournisseurs d'électricité doit être transparente et il doit être possible de les comparer entre elles.

	contractuelles. Il garantit la comparabilité des produits pour les consommateurs finaux en établissant les conditions de base identiques auxquelles doivent se conformer les fournisseurs d'électricité.	
Art. 12 Information et facturation	<u>Ajouter un al. 3</u> Il établit des bases légales concernant les offres d'électricité verte pour garantir des informations transparentes, fiables et claires aux clients finaux.	Les consommateurs doivent pouvoir bénéficier d'informations fiables leur permettant de faire un choix éclairé.
Art. 13a, al. 1 Processus de changement	<u>Ajouter une lettre e:</u> la limite des coûts de changement autorisés.	Il est nécessaire de réguler les coûts de changement et d'établir une limite de coûts autorisés.
Art. 14 Rémunération pour l'utilisation du réseau et tarifs d'utilisation du réseau	<u>Ajouter un al. 3^{quater} :</u> Les tarifs d'utilisation du réseau ne peuvent en aucun cas inclure des coûts liés au marketing ou au démarchage en lien avec les offres d'électricité du marché libre.	Il est nécessaire de s'assurer que les coûts marketing et de démarchage soient inclus dans les tarifs d'électricité et non dans ceux du réseau.
Art. 17b ^{bis} , al. 4, let. a et b Utilisation de la flexibilité	<u>Modifier:</u> a. ajustement ou autre gestion impérative d'une part déterminée de l'injection; b. utilisation transitoire impérative , lorsque d'autres mesures liées au réseau sont déjà introduites mais sans être encore suivies d'effets;	La nécessité de l'utilisation de la flexibilité sans l'assentiment de son détenteur doit être démontrée.
Art. 17b ^{ter} , al. 2 Échange de données et processus d'information	<u>Modifier :</u> Tout traitement des données de mesure ou des données de référence qui n'est pas nécessaire à l'exécution des tâches conforme aux prescriptions nécessite le consentement exprès des personnes concernées. Les données personnelles des clients ne peuvent être revendues à des tiers et leur utilisation à l'interne ne peuvent servir d'autres buts que l'exécution des tâches conformes aux prescriptions.	Ancrer explicitement la portée de l'utilisation des données dans la loi.

En vous remerciant de prendre en compte notre position, nous vous prions de recevoir,
Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.

Fédération romande
des consommateurs



Sophie Michaud Gigon
Secrétaire générale



Laurianne Altwegg
Responsable Energie



Per Mail an: stromvg@bfe.admin.ch

Bern, 31. Januar 2019

**Vernehmlassung Revision des Stromversorgungsgesetzes (volle Strommarktöffnung,
Speicherreserve und Modernisierung der Netzregulierung)
Stellungnahme vpod Schweiz**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 17. Oktober 2018 das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städten und Berggebieten, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den weiteren interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf zur Revision des Stromversorgungsgesetzes (volle Strommarktöffnung, Speicherreserve und Modernisierung der Netzregulierung) durchzuführen.

Neben der Beseitigung von regulatorischen Defiziten des bestehenden Gesetzes sowie der Optimierung des Gesetzes hinsichtlich Verursachergerechtigkeit, Effizienz und Transparenz in der Netzregulierung, besteht das Kernstück der vorliegenden Vernehmlassung aus dem Ziel, die vollständige Öffnung des Strommarktes zu erreichen. Konkret verfolgt der Bundesrat die Ziele, die Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten, die wirtschaftliche Effizienz zu steigern sowie die Marktintegration der erneuerbaren Energien zu stärken. Insbesondere ist die vollständige Öffnung des Strommarktes die Grundvoraussetzung für ein Strommarktabkommen mit der EU.

Der vpod Schweiz vertritt als Sozialpartner die Interessen der Beschäftigten in der Energiebranche. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, wie folgt Stellung zur vorliegenden Vernehmlassung zu nehmen:

Vollständige Strommarktöffnung aus der Sicht der Beschäftigung und der Arbeitsbedingungen in der Schweizer Energiebranche:

Die Frage der vollständigen Strommarktöffnung ist für den vpod der Kernpunkt der vorliegenden Revision. Wir nehmen vorweg, dass wir eine vollständige Öffnung des Strommarktes ersatzlos ablehnen.

Wir wollen eingangs festhalten, dass gemäss Bundesamt für Statistik 2018 in der Branche der Energieversorgung rund 29'000 Personen beschäftigt sind, so viele wie schon lange nicht mehr (Stand Ende 2018). 1992 waren es 26'700. Diese Zahl sank infolge der Vorbereitung der Unternehmungen zur Abstimmung des EMG von 2002 auf 23'300, um dann wieder anzusteigen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den letzten rund 20 Jahren im technischen Bereich sehr viele Arbeitsplätze verschwunden sind. Teilweise ist dies auf Rationalisierungen zurückzuführen (bspw. Automatisierung Kraftwerksteuerung), teilweise aber auf unnötige und willkürliche Sparmassnahmen, die im Hinblick auf die vermeintliche Liberalisierung voreilig vorgenommen wurden. Die Verschiebung der Arbeitsplätze auf die regulatorische, Verkaufs- und Marketingseite hat der Sicherheit und dem Ausbau der Netze gar nichts gebracht. Die Netze wurden von 1992 bis 2018 nicht wesentlich ausgebaut. Auch hat der Unterhalt der Netze gelitten, u.a. wegen der Verschiebung der Arbeitsplätze vom handwerklichen technischen Bereich in die administrative Seite. Zentral sollte eine Attraktivitätssteigerung der technischen Berufe sein. Der Ausbau des Netzes kann nicht bewerkstelligt werden, wenn zunehmend der Nachwuchs bei den Handwerkern fehlt oder abgebaut wird. Daher ist es unabdingbar, für die Modernisierung der Netze die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Mit dem weiteren geplanten Liberalisierungsschritt wird einmal mehr zusätzlicher administrativer Aufwand (freie Wahl des Lieferanten) aufgebaut, die Netzsicherheit wird damit aber nicht profitieren.

Bezüglich des Wettbewerbs in der Energiebranche kommt der Bericht des Bundesamtes für Energie zur Konklusion, dass aus heutiger Sicht aus einer vollständigen Marktöffnung keine grösseren Auswirkungen auf die Anzahl der Beschäftigten in der Strombranche zu erwarten seien. Der vpod vertritt entschieden die Auffassung, dass diese Konklusion von Seiten des Bundesamts für Energie falsch ist. Die Auswirkungen des «freien Marktes» auf die Beschäftigung im Energiebereich lassen sich in der Schweiz und im europäischen Umfeld deutlich feststellen.

Als konkretes Beispiel eines ineffizienten Energiemarktes ziehen wir Deutschland heran. Als allgemeine Bemerkung über die Situation in Deutschland hinaus halten wir fest, dass die durch den Wettbewerb erhofften Effizienzgewinne und wirtschaftlichen Vorteile bisher nur sehr selten erreicht wurden. In Deutschland ist der Strommarkt seit 1998 vollständig liberalisiert. Laut dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) arbeiteten bis 2012 rund 400'000 Beschäftigte im Bereich der erneuerbaren Energien. Danach kippte der zunächst leicht zunehmende Trend ins Gegenteil. Erstmals ist 2013 die Zahl der Jobs in der erneuerbaren Branche gesunken. Mit dem Rückgang der Installationszahlen in der Photovoltaik-Branche um 57 Prozent brachen dort auch die Beschäftigtenzahlen ein. Die

Zahl der Beschäftigten in dieser Branche sank von 100'300 auf 56'000 respektive um mehr als 44 Prozent.

Einzig in der Windenergie ist der Trend gegenläufig: 137'800 Menschen, so viele wie noch nie, arbeiteten 2013 in diesem Bereich.

Die deutsche Energiewende ist ein Strukturwandel, der nicht nur Arbeitsplätze schafft, sondern auch vernichtet. Bei den traditionellen Energieversorgern werden bedingt durch die Energiewende (Stichwort Kernkraft) Jobs verloren gehen. Mit Blick auf die Beschäftigtenzahlen stellt sich damit vor allem die Frage, ob die Branche der erneuerbaren Energie den Wegfall von Jobs bei den traditionellen deutschen Energieversorgern auffangen kann.

Hier sagt der Bericht «Bruttobeschäftigung durch erneuerbare Energien in Deutschland im Jahr 2013», welcher im Auftrag des BMWi erstellt wurde, dass die Entwicklung der Beschäftigung stark vom Bereich abhängig sei.

Eine Studie der BWA-Akademie (Bonner Wirtschaftsakademie) kommt zu dem Schluss, dass der Nettozuwachs von Jobs im Energiebereich im Rahmen der Energiewende zu verneinen ist. 57 Prozent der von ihr in der besagten Studie befragten Personalverantwortlichen in deutschen Energie-Unternehmungen gehen von weniger Beschäftigten im Energiebereich aus. Bis 2020 werde sich diese Entwicklung sogar noch verstärken: In den nächsten fünf Jahren rechnen 63 Prozent der befragten Personalverantwortlichen sogar mit einer Personalreduktion.

Im Weiteren unterliegen die Eigentumsverhältnisse der Energieerzeugung in Deutschland grossen Umwälzungen. Hatten 2011 in der deutschen Energiebranche die vier grossen Energieunternehmen E.ON, EnBW, Vattenfall und RWE in der Branche insgesamt noch einen Marktanteil von 80 Prozent, lagen sie bereits vier Jahre später bei nur noch 62 Prozent.

Mit Blick auf die Verhältnisse bei den erneuerbaren Energien zeichnet sich ein noch deutlicheres Bild: die vier Grossen sind mit zusammen 4,9 Prozent Marktanteilen nahezu nicht mehr existent. Der Markt der erneuerbaren Energien ist vorwiegend in privaten Händen.

Es lässt sich feststellen, dass die Politik in Deutschland in den vergangenen Jahren mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz nicht nur dafür verantwortlich war, dass viele Arbeitsplätze geschaffen wurden, sondern auch für deren Rückgang. Die herkömmlichen Energieversorger mit Arbeitsbedingungen, die zumeist in Tarifverträgen geregelt sind, geben Marktanteile an neue (private) Unternehmungen ab.

Es stellt sich nun die Frage, wie es um die Arbeitsbedingungen in diesen neuen (privaten) Unternehmungen steht. Der Deutsche Gewerkschaftsbund schätzt, dass in der Energie-

branche bis 2030 gut 500'000 Beschäftigte sein werden. Dennoch sind die neuentstandenen Arbeitsplätze, verglichen mit denen in den herkömmlichen Energieunternehmen, häufig Jobs mit schlechteren Arbeitsbedingungen. So erhalten Beschäftigte im Bereich der Windenergie 81 Prozent, Beschäftigte im Bereich der Photovoltaikenergie nur 61 Prozent der Entgelte des vergleichbaren Metall- und Elektrotarifvertrages von 2014. Auch Überstunden sind in den neuen Bereichen eher die Regel als die Ausnahme. Und lediglich 20 Prozent der Beschäftigten können sich vorstellen, in diesen Bereichen bis zur Rente zu arbeiten.

Die Analyse der Situation hinsichtlich Beschäftigung und Arbeitsbedingungen in Deutschland ergibt, dass neben der tendenziellen Abnahme der Beschäftigungszahlen im vollständig geöffneten Strommarkt auch die Arbeitsbedingungen unter Druck kamen. Wir erkennen nicht, warum sich dies in der Schweiz anders gestalten sollte.

Rahmen-GAV für die Schweizer Energiebranche:

Bezüglich den Arbeitsbedingungen in der Schweizer Energiebranche wird von verschiedenen Akteuren immer wieder gerne ins Spiel gebracht, diese könnten mit einem Rahmen-GAV abgesichert werden. So unterstünden die Arbeitsbedingungen der (sich in öffentlicher Hand befindenden) Unternehmungen der Energiebranche dem öffentlichen Recht. Diese Annahme entspricht nicht den Tatsachen.

Die Arbeitsbedingungen der Schweizer Energiebranche unterstehen sowohl öffentlichem, wie auch privatem Recht. Hinzu kommt, dass die Unternehmungen in der Schweizer Energiebranche bezüglich Rechtsformen verschieden aufgestellt sind. Die unten aufgeführten grossen Energieunternehmen (Kantonswerke) in der Schweiz verfügen über privatrechtlich angestelltes Personal:

- BKW (Bern)
- KWO (Bern)
- EKZ (Zürich)
- EKT (Thurgau)
- EKS (Schaffhausen)
- AEW (Aargau)
- Rätia Energie (Graubünden)
- Alpiq

Viele kommunale Unternehmungen in der Energiebranche sind heute als privatrechtliche Unternehmungen, teils mit eigenem GAV organisiert, so zum Beispiel:

- IBAarau
- Stadtwerke Grenchen
- Stadtwerke Arbon
- Stadtwerke Zofingen

- Stadtwerke Baden
- Energieservice Thun
- Städtische Werke Luzern
- Energie Thun

Die Industriellen Betriebe der Städte Bern (ewb Energie Wasser Bern) und Biel (Energieservice Biel) wiederum sind zwar als öffentlich-rechtliche Gemeindeanstalten organisiert, sie verfügen aber über privatrechtliche Gesamtarbeitsverträge.

Hieraus ergibt sich die Schwierigkeit der Abgrenzung von verschiedenen gesetzlichen Grundlagen. Auf öffentlich-rechtliche GAV ist das Obligationenrecht nicht anwendbar. Streitigkeiten aus öffentlich-rechtlicher Anstellung oder aus öffentlich-rechtlichen Arbeitsverträgen werden durch das jeweilige Verwaltungsgericht entschieden. Die Arbeitsgerichte sind nicht zuständig. Hingegen sind die Arbeitsgerichte für Streitigkeiten aus privatrechtlichen Arbeitsverträgen zuständig.

Weitere Beispiele von unterschiedlichen Rechtsformen und verschiedenen gesetzlichen Grundlagen hinsichtlich Arbeitsbedingungen ausserhalb der Schweizer Energiebranche: GAV der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW (Rechtsgrundlage im Staatsvertrag AG-BS-BL-SO); GAV der SBB AG (Rechtsgrundlage im Bundespersonalgesetz); Betriebsvereinbarung für die Zürcher Verkehrsbetriebe VBZ (Rechtsgrundlage im städtischen Personalrecht).

Es ist aus heutiger Sicht unklar, wie ein Rahmen-GAV für die Schweizer Energiebranche umgesetzt werden soll. Hinzu kommt, dass sich die historisch gewachsenen Arbeitsbedingungen im Rahmen der heutigen GAV in der Energiebranche stark voneinander unterscheiden. So bestehen unter anderem unterschiedlichste Regelungen bezüglich Arbeitszeiten und Löhnen.

Vollständige Strommarktöffnung aus der Sicht des Service Public:

Die Versorgung der Einwohner/innen mit Energie gehört zu den Kernaufgaben des Service Public. Mit der vollständigen Marktöffnung ist der Service Public massiv gefährdet. Die Qualität, der Service und insbesondere der Unterhalt wird mit der Liberalisierung noch stärker unter Druck geraten. Der Import von klimaschädlichem Kohlestrom wird unsere Wasserkraft noch weiter im Bedrängnis bringen. In der derzeitigen Lage ist die Energiebranche auf Investitionssicherheit angewiesen. Es benötigt zwingend einen Energie-Ressourcenplan-Schweiz. Die Heimfallproblematik ist nicht gelöst. Die Gefahr bei Konzessionserneuerungen bei einer vorbehaltlosen Integration der Schweiz in den EU-Elektrizitätsbinnenmarkt besteht die Gefahr, dass die Wasserkraftwerke in ausländische Hände geraten. Die Kernaufgaben des Service Public sind nicht geklärt. Hauptziel muss sein, den Service Public zu stärken und nicht in der momentanen schwierigen Phase zusätzlich zu schwächen. Aus Service Public-Betrachtung ist ein weiterer Liberalisierungsschritt klar abzulehnen, sie kommt zur Unzeit.

Vollständige Strommarktöffnung aus der Sicht der Konsumentinnen und Konsumenten:

Der Bericht des Bundesamtes für Energie sagt, dass bei einer tendenziellen Strompreissenkung die Haushalte aufgrund geringerer Stromkosten profitieren würden. Der Bericht sagt weiter, dass eine vollständige Marktöffnung mit grundlegenden volkswirtschaftlichen Vorteilen verbunden sei, insofern als die Marktpreise den Endverbrauchern besser weitergegeben würden. Bei möglichen Strompreissenkungen profitieren die KMU und die Haushalte sowie die Grosskunden, die bislang in der Grundversorgung verblieben sind.

Auch hier muss festgehalten werden, dass der Bericht des Bundesamtes für Energie nicht praxistauglich ist. Es zeigt sich wiederum in Deutschland, dass für die Konsumentinnen und Konsumenten trotz «freiem Markt» das Gegenteil von dem eingetreten ist, was der Bericht des Bundesamtes für Energie in Aussicht stellt.

Richtig ist, dass der Strompreis an der Börse günstiger geworden ist. Trotzdem zahlen die Konsumentinnen und Konsumenten in Deutschland heute doppelt so viel für die Stromrechnung, als sie dies vor der vollständigen Strommarktöffnung getan haben. Im Weiteren halten wir fest, dass die deutschen Grossverbraucher im Gegensatz zum Kleinkunden in der Lage sind, die Strompreise mit den Energieversorgern zu verhandeln.

Die Gewinne, welche die deutschen Stromerzeuger am «freien Markt» einholen, werden nicht an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben. Mit diesen Gewinnen kompensieren die Unternehmungen ihre Verluste aus der Grundversorgung. Sie brauchen die Gewinne im Weiteren, um ihren Marketing-Apparat aufzubauen und um die Eigner/Aktionäre zu befriedigen. Für dieses Verhalten stehen die deutschen Stromerzeuger unter Kritik.

Im Weiteren sind auch in Deutschland die stromintensiven Unternehmungen von der EEG-Umlage (Pendant zur Schweizer KEV) befreit. Die Kosten dieser Befreiung zahlen in Deutschland die Konsumentinnen und Konsumenten. Auf der deutschen Stromrechnung macht der reine Strompreis nur rund ein Drittel der Kosten aus. Zwei Drittel sind Abgaben (EEG-Umlage) und Steuern.

Die vollständige Marktöffnung hat den Deutschen Konsumentinnen und Konsumenten nichts gebracht. Im Gegenteil: sie bezahlen heute für ihre Stromrechnung doppelt so viel, wie vor der vollständigen Strommarktöffnung. Wir erkennen nicht, warum dies in der Schweiz anders laufen sollte.

Vollständige Strommarktöffnung aus der Sicht Kantone und Gemeinden

Der Bericht des Bundesamtes für Energie sagt, dass aus den vorgeschlagenen Massnahmen keine wesentlichen direkten Auswirkungen auf die Gemeinden und Kantone erfolgen würden. Diese sind allerdings als Eigentümer mittelbar von den Auswirkungen auf die Netzbetreiber betroffen, vor allem insofern sich der zukünftige Ertragswert der von

der Marktöffnung betroffenen Unternehmen, die in ihrem Eigentum sind, verändern kann. Der zukünftige Ertragswert sei vor allem davon abhängig, wie sich diese Unternehmen im Wettbewerb behaupten würden.

Der vpod hat wie oben beschrieben dargelegt, dass die Energieunternehmen im vollständig geöffneten Markt unter Druck geraten werden. Das Beispiel in Deutschland zeigt, dass die Gewinne am «freien Markt» nicht an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werden, sondern für Marketing, Aktionäre und Kompensation von Verlusten in der Grundversorgung verwendet werden. Wir erkennen nicht, warum dies in der Schweiz anders sein sollte.

Fazit: Die vollständige Strommarktöffnung muss ersatzlos abgelehnt werden:

- **Bezogen auf die Beschäftigtenzahlen und auf die Arbeitsbedingungen in der Schweizer Energiebranche muss die vollständige Öffnung des Strommarktes abgelehnt werden. Eine Solche würde auch in der Schweiz die Unternehmen und die Arbeitsbedingungen unter Druck bringen. Es ist unklar, wie die Arbeitsbedingungen mit einem Rahmen-GAV abgesichert werden sollen.**
- **Darüber hinaus werden sich Unternehmen in der Energiebranche dazu gezwungen sehen, ihre Marketing- und Vertriebskosten weiter zu erhöhen, was zu weiter steigenden Stromrechnungen für die Konsumentinnen und Konsumenten führt.**
- **Der «freie Markt» hat anderswo bisher nicht dazu beigetragen, dass die Konsumentinnen und Konsumenten entlastet wurden. Hieraus schliesst der vpod, dass die Strommarktöffnung in der Schweiz den Konsumentinnen und Konsumenten nichts bringt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verlierer des «freien Marktes» werden die Konsumentinnen und Konsumenten sein.**
- **Die Abgaben der (sich in öffentlicher Hand befindenden) Schweizer Energieunternehmen sind wichtige Einnahmen für Gemeinde und Kantone. Reduzieren sich diese, oder fallen diese weg, ist der Service Public insgesamt betroffen.**

Der vpod hält abschliessend fest, dass der politische Fokus auf das Stromabkommen mit der EU gelegt werden muss. Das Stromabkommen ist unabhängig von der Frage der vollständigen Marktöffnung abzuschliessen. Es soll sicherstellen, dass die Versorgungssicherheit der Schweiz durch eine gleichberechtigte Integration ins europäische Stromnetz verbessert wird, respektive dass die Versorgungssicherheit trotz integrierter Situation in Schweizer Hand bleibt. Im Weiteren soll die Produktion von inländischem sauberem Strom über faire Preise langfristig gesichert werden. Ebenso müssen alle grossen Infrastrukturanlagen zur Produktion, Durchleitung oder Speicherung von Elektrizität erhalten und im Besitz der Öffentlichkeit verbleiben.

Weitere Bemerkungen zur Vorlage:

Speicherreserve

Im Grundsatz begrüßen wir die Schaffung einer Speicherreserve für kritische Versorgungssituationen. Diese soll aber nur für erneuerbare Energien offenstehen, welche die gesetzlichen ökologischen Standards einhalten bzw. die geforderten Sanierungen nach Gewässerschutzgesetz bereits vollständig umgesetzt haben.

2. Spezifische Bemerkungen zur Vorlage

Art. 6 (Grundversorgung)

- Der vpod spricht sich gegen die volle Marktöffnung aus, da sie einen negativen Effekt auf die Beschäftigung und Arbeitsverhältnisse in der Energiebranche, auf die Qualität der Versorgung und auf die Preisentwicklung haben wird. Aufgrund der Erfahrungen in Ländern mit vollliberalisierten Strommärkten rechnen wir damit, dass die Grundversorgung teurer würde als der Strompreis, den Haushalte heute bezahlen.

Art. 6 Abs. 2 (Grundversorgung)

- Wir begrüßen, dass die Grundversorgung zu 100 % aus einheimischer Energie bestehen soll. Ungenügend ist hingegen, dass sie nur „überwiegend“, sprich zu mindestens 50 %, auf erneuerbarer Energie beruht. Damit werden zu wenig Anreize für Investitionen in neue erneuerbare Kraftwerke geschaffen. Die Grundversorgung muss einem „Green Default“ entsprechend und zu 100 % aus einheimischer, erneuerbarer und umweltfreundlicher Energie bestehen.

Art. 6 Abs. 3 (Grundversorgung)

- Wir lehnen das Modell des Vergleichsmarktpreises ab. Wir unterstützen die Argumentation der ElCom, die die Tarife in der Grundversorgung kontrollieren müsste und dies als nicht praktikabel einschätzt. Dem Regulator werden ja preisliche Vereinbarungen aus dem Markt gar nicht gemeldet. Aber auch Verteilnetzbetreiber als Grundversorger wüssten nicht, an welchen Marktpreisen sie sich zu orientieren hätten. Es besteht im negativen Fall das Risiko, dass Verteilnetzbetreiber mittels unattraktiven Tarifen in der Grundversorgung die kleinen Verbraucher «in den Markt» drängen würden, um möglichst keinen Strom bei den grossen Stromproduzenten einkaufen zu müssen und frei in ihrer Preisgestaltung zu sein.

Art. 8a (Speicherreserve für kritische Versorgungssituationen)

- Die Schaffung einer Speicherreserve wird im Grundsatz begrüsst. Diese soll aber nur für erneuerbare Energien offenstehen, die die gesetzlichen ökologischen Standards einhalten bzw. die geforderten Sanierungen nach Gewässerschutzgesetz bereits vollständig umgesetzt haben.

Art. 13a Abs. 1 Bst. B (Wechselprozesse)

- Die Handhabung der Wechselprozesse würde vom Bundesrat in einer Verordnung geregelt. Der erläuternde Bericht verdeutlicht, dass man sich offensichtlich stark am Konzept der Krankenversicherungen orientieren will. Der Wechsel soll unter Einhaltung einer Kündigungsfrist am Jahresende erfolgen können. Die Wechselkosten will man laut Absatz 2 sozialisieren, sie würden via Netzkosten oder der Stromtarif in der Grundversorgung den Verbrauchern angelastet. Dass den Verteilnetzbetreibern Wechselkosten entstehen, ist unbestritten. Und dass es nicht angeht, dass die öffentliche Hand diese Kosten tragen müsste, ist ebenfalls klar. Diese Kosten nun aber den Verbrauchern anzuhängen, die in der Grundversorgung bleiben wollen und deshalb gerade nicht die Verursacher sind, ist auch nicht zulässig. Wenn sie nun via Netzkosten durch alle Kleinverbraucher bezahlt würden, wird der reine Produktpreis an den Stromkosten anteilmässig noch geringer und die «Marktöffnung» noch obsoleter.

Art. 14 Abs. 3bis (Netznutzungsentgelt und Netznutzungstarife)

- In der Stromversorgungsverordnung StromVV gilt für Kleinverbraucher/Haushalte mit einem Jahresverbrauch von bis zu 50 MWh ein nicht degressiver Arbeitstarif von mindestens 70 Prozent. Dieser soll im Gesetz auf 50% gesenkt werden und für so genannte Prosumer in dieser Verbrauchskategorie kann er auch unter 50% gesenkt werden. Der vpod unterstützt durchaus das Konzept einer durch die Allgemeinheit finanzierten Netzinfrastuktur. Der Gedanke, dass dies bei einer Zunahme von Eigenproduktion auf Netzebene 7 gefährdet wäre, liegt nahe. Aber durch die stärkere Betonung der Leistungskomponente wird weder ein Stromsparanreiz gesetzt, noch dafür gesorgt, dass bei diesen Kleinverbrauchern die Eigenproduktion und der Konsum besser aufeinander abgestimmt werden. Und – dies scheint uns am wichtigsten – es setzt eben auch kein Signal an die Netzbetreiber, einen unverhältnismässigen Ausbau der Netzinfrastuktur zu vermeiden. Der vpod plädiert deshalb für die Beibehaltung der bisherigen Regelung.

Art. 17a (Zuständigkeit für die Messung)

- Das Messwesen liegt bisher in der Kompetenz der Netzbetreiber, die für Installation und Unterhalt der Zähler zuständig sind. So genannt «intelligente Messsysteme» sind ein Kernpunkt der Energiewende und letztlich mitentscheidend für deren Umsetzung. Entsprechend hält das geltende StromVG in Artikel 17a und 17b fest, dass der Bundesrat den Netzbetreibern Auflagen zur Installierung solcher Messsysteme machen kann. Hier will man nun eine «Teilliberalisierung» einführen, indem Verbrauchern mit einem Strombedarf von 100 MWh/a freigestellt wird, Dritte mit dem gesamten Messwesen zu beauftragen. Nach Einschätzung des vpod ist das Messwesen aber untrennbarer Teil der Netzinfrastuktur, die ja eben nicht liberalisiert wird. Die Formulierungen zeigen auch, welcher regulatorische Aufwand für diese Teilliberalisierung betrieben werden müsste um sicherzustellen, dass die Versorgung nicht gefährdet wird. Eine Delegation dieser Aufgabe an Private unter Umgehung von Preiskontrollen lehnen wir ab.

Art. 17a^{bis} (Messentgelt und Messtarife)

- Der vpod unterstützt eine Kontrolle des Messentgelts resp. der anrechenbaren Kosten für den gesamten Messbetrieb, aber für alle Verbraucher. Wie eingangs erwähnt, werden von den Netzbetreibern sehr unterschiedliche Kosten verrechnet, was nicht transparent ist. Die ElCom soll die Angemessenheit der Kosten analog zu den übrigen Netzkosten kontrollieren.

Art. 17a^{ter} (Intelligente Messsysteme)

- Messsysteme sind Teil der Netzinfrastruktur und intelligente Messsysteme sind ein Kernelement der Energiewende. Entsprechend sind die intelligenten Messsysteme auch bei den Netzkosten im geltenden Artikel 15 StromVG aufgeführt. Die Netzbetreiber sind gesetzlich verpflichtet, eine zuverlässige Stromversorgung durch einen stets guten Netzunterhalt und, wo notwendig, auch einen Netzausbau zu garantieren. Je intelligenter resp. leistungsfähiger die Messsysteme werden, desto mehr und desto sensiblere Daten werden über diese vermittelt. Auch das spricht gegen eine Auslagerung an Private.

Art. 17b^{bis} (Nutzung von Flexibilität)

- Der vpod unterstützt die stärkere Flexibilitätsnutzung und damit einen Verzicht auf überdimensionalen Netzausbau. Es ist aktuell nicht abschätzbar wie erfolgreich sich Speichertechnologien entwickeln werden. Unter Umständen stellen sich in wenigen Jahren ganz neue Fragen betreffend der benötigten Infrastruktur.

Art. 17b^{ter} und Art. 17c (Datenaustausch, Datenschutz und Datensicherheit)

- Der Thematik Datenaustausch und Datenschutz ist im erläuternden Bericht ein ganzes Kapitel gewidmet, das skizziert, mit welcher Komplexität gerechnet wird. Angestrebt wird zur möglichst effizienten Verwaltung der Daten ein so genannter «Datahub», zu vermeiden wären parallele Datenverwaltungssysteme. Zwischen allen Akteuren muss ein reibungsloser und transparenter Datenaustausch gewährleistet sein, damit die Stromversorgung funktionieren kann. Gleichzeitig muss der Datenschutz unbedingt gewährleistet sein, zumal bereits heute ein vitales und berechtigtes Interesse an der Auswertung von Verbrauchsprofildaten besteht. Der vpod sieht nicht, inwieweit (gewinnorientierte) Dritte hier zu mehr Datenschutz, zu Effizienz und Qualitätssicherung beitragen könnten.
- Aufgrund der Tragweite der Thematik und mit Blick auf Plattform-Geschäftsmodelle, die gesetzliche Lücken nutzen, fordern wir den Bundesrat dazu auf, diese Fragen nicht bloss auf Verordnungsstufe, sondern im Gesetz zu regeln. Auch für die Netzbetreiber ergäbe dies eine deutlichere Normsetzung.

Art. 18 Abs. 4, 4^{bis}, 6 dritter Satz und 7 (nationale Netzgesellschaft)

- Der vpod begrüsst die erneute gesetzliche Bekräftigung, dass die Kantone und Gemeinden nebst den schweizerisch beherrschten EVU ein Vorkaufsrecht an den Aktien der Nationalen Netzgesellschaft haben. Dies ist im geltenden Gesetz so festgelegt (Art. 18 Abs. 4 StromVG), wird aber durch die Swissgrid Statuten unter-

laufen, die ein Vorkaufsrecht der Aktionäre vorsehen (Art. 5 Abs. 3 Swissgrid Statuten) und damit, wie in den letzten Jahren geschehen, die öffentliche Beherrschung der Swissgrid gefährden.

- Der vpod unterstützt deshalb ganz klar jede Bestrebung, die öffentliche Beteiligung an der Netzgesellschaft zu stärken. Deshalb sollen Gemeinden gleichberechtigt mit den Kantonen das Vorkaufsrecht erhalten. Und zwar unabhängig, ob sie bereits zum Kreis der Aktionäre gehören. Dies soll im Text bei Absatz 4 ergänzt werden wie folgt:

«Werden Aktien der nationalen Netzgesellschaft veräussert, so haben an diesen Aktien in der folgenden Rangordnung ein Vorkaufsrecht:

- a. Kantone und Gemeinden unabhängig davon, ob sie bereits direkt oder indirekt Aktionäre sind
- b. Die schweizerisch beherrschten Elektrizitätsversorgungsunternehmen mit Sitz in der Schweiz.»

Art. 22a (Veröffentlichung von Qualitäts- und Effizienzvergleichen)

- Der vpod befürwortet, dass mittels dieser «sunshine»-Regelung die Transparenz zu Versorgungsqualität, zu Investitionen und Tarifen für die Verbraucher erhöht wird. Im Service public müsste dies Standard sein, aber für viele EVU ist dies nicht selbstverständlich. Dadurch könnte effektiv ein fruchtbarer Wettbewerb ausgelöst werden, weil die EVU damit ihre Leistungen für eine interessierte Öffentlichkeit sichtbar machen können.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme und bitten Sie um Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

vpod Zentralsekretariat


Stefan Giger, Generalsekretär vpod


Claudio Marrari, Zentralsekretär Energie

CH-3000 Bern
Telefon: 0844 – 873 873
Telefax: 071 – 757 94 59
E-Mail: info@vpe.ch
Webseite: www.vpe.ch

Bundesamt für Energie
Sektion Marktregulierung
3003 Bern

Per Mail an: stromvg@bfe.admin.ch

Bern, 31. Januar 2019

Revision des Stromversorgungsgesetzes (volle Strommarktöffnung, Speicherreserve und Modernisierung der Netzregulierung)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns die Möglichkeit gegeben haben, an der Vernehmlassung zur Revision des Stromversorgungsgesetz (StromVG) teilnehmen zu können.

Das Stromversorgungsgesetz reguliert den Strommarkt und soll und muss die Versorgungssicherheit beim Strom in der Schweiz sicherstellen. Revisionen sind daher nur mit grösster Vorsicht und unter Abwägung der Auswirkungen und Risiken vorzunehmen. Hinzu kommt das gesetzgeberische Neureglungen auf ihre soziale Dimension hin überprüft werden müssen, um sie dann mit entsprechenden Massnahmen und Regelungen zu ergänzen.

Die hier vorgeschlagenen Änderungen betreffen eindeutig auch die Arbeitnehmenden in der Elektrizitätswirtschaft, die mit ihrer täglichen Arbeit die Stromversorgung in der Schweiz sicherstellen. Der Verband der Personalvertretungen der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft (VPE) lehnt die vorgeschlagene Revision des StromVG ab, da sie die vom VPE bereits in der Vergangenheit geforderten Hauptbedingungen (vgl. VPE-Schreiben vom 22. März 2018 / Roundtable) nicht erfüllt.

Der Kernpunkt der VPE-Forderung ist im Rahmen der vollständigen Marktöffnung den Arbeitnehmerschutz zu gewährleisten und die Verpflichtung zusätzliche Begleitmassnahmen für ArbeitnehmerInnen in der Elektrizitätswirtschaft umzusetzen.

Von Marktveränderungen sind primär die Arbeitnehmenden der jeweiligen Branche die Direktbetroffenen. Die Sozialpartnerschaft in der Elektrizitätswirtschaft ist unterschiedlich stark entwickelt, und man kann bei den jetzt anstehenden Veränderungen nicht davon ausgehen, dass sich alle Probleme weiterhin rein subsidiär lösen lassen.

In einigen Unternehmungen gibt es sehr gute innerbetriebliche Mitwirkungskonzepte bzw. -modelle, die eine aktive verlässliche und konstruktive Sozialpartnerschaft zum gegenseitigen Nutzen gewährleisten. Jedoch gibt es auch eine Vielzahl von Unternehmungen, in denen eine solche Art der konkreten sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit nicht existiert oder noch relativ unbekannt ist.

Als grösster Arbeitnehmersverband in der Elektrizitätswirtschaft sind wir direkt von den allfälligen Änderungen des StromVG und einer vollständigen Marktöffnung betroffen. Die Schweiz hat insgesamt ca. 630 Verteilnetzbetreiber. In der Elektrizitätswirtschaft arbeiten ca. 22'000 Menschen. Als Dachverband der Personal- und Mitarbeitervertretungen der Schweizerischen Elektrizitätsbranche vertritt der VPE mit seinen Mitgliedsorganisationen als starke und unabhängige Organisation die Interessen von über 12'000 Mitarbeitenden (d.h. über 50 % aller Mitarbeitenden in der Elektrizitätswirtschaft).

Derzeit sind die Arbeitsbedingungen in der Elektrizitätswirtschaft im Allgemeinen recht gut und sind vergleichbar mit denen im öffentlichen Sektor. Die Tatsache, dass die EVU's zu fast 90 % der öffentlichen Hand gehören, mag dafür eine Erklärung sein. Die vollständige Liberalisierung des Marktes wird jedoch die Arbeits- und Lohnbedingungen in der Elektrizitätswirtschaft unter Druck setzen. Es besteht die Gefahr, dass an den Kosten für das Personal gespart würde. Das wäre gerade in der Elektrizitätswirtschaft zusätzlich problematisch, weil der technologische Wandel und die demografische Entwicklung permanente Weiterbildungs- und Ausbildungsanstrengungen von allen Unternehmen fordern. Die Ausbildung muss stärker in den Vordergrund gerückt werden und die berufliche Entwicklung der Mitarbeiter sowie die Erleichterung der Umstellung sind von grundlegender Bedeutung. Dies ist auch angesichts des Mangels an qualifiziertem Personal notwendig.

Um die Arbeitsbedingungen zu wahren und den absehbaren Struktur- und Technologiewandel zu bewältigen, muss die Sozialpartnerschaft in der Elektrizitätswirtschaft gestärkt werden. Selbst der frühere Entwurf des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) enthielt politisch unbestrittene Komponenten zum Arbeitnehmerschutz. Die Ablehnung durch das Schweizer Stimmvolk im Jahre 2002 hat jedoch gezeigt, dass diese offensichtlich nicht ausreichend waren, um den drohenden Verlust von Arbeitsplätzen im Rahmen der befürchteten Umstrukturierung mit einer Einschränkung des Service-Public zu kompensieren.

Es hat sich bei der Liberalisierung von Unternehmen der öffentlichen Hand wie SBB, Post oder Swisscom gezeigt, dass sich die bis anhin vorherrschende innerbetriebliche Sozialpartnerschaft als Grundpfeiler bewährt hat. Auch vor deren Liberalisierung galt in diesen Betrieben eine ähnliche Zusammenarbeit. Eindrücklich wurde jedoch diese durch die Umsetzungsgesetzgebung für die Liberalisierung erheblich verstärkt und dadurch stabilisiert. Das Arbeitsrecht hält eben nicht nur minimale Schutzbestimmungen fest, sondern bietet auch das Instrument des Gesamtarbeitsvertrages und das Mitwirkungsgesetz an. Eine Öffnung bedeutet demnach nicht einfach das Fallenlassen von Schutzbestimmungen, sondern auch das Suchen und Aufnehmen von neuen Instrumenten. Dieser Weg sollte in diesem Fall, wie auch bei den vorerwähnten Beispielen, begangen werden und gesetzlich durch entsprechende Vorgaben unterstützt werden. Es ist völlig klar, dass die vollständige Strommarktöffnung und auch ein neues Strommarktdesign im Rahmen der Energiestrategie 2050 nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmenden ausgetragen werden darf.

Folgende Massnahmen kommen in Frage:

- Richtlinien für Aus- und Weiterbildung
- Mindeststandards der arbeitsrechtlichen Bedingungen
- Massnahmen bei Arbeitsplatzabbau zur Vermeidung von sozialen Härten, d.h. die Verpflichtung der Sozialpartner entsprechende Sozialpläne zu vereinbaren und Vorsorge zu treffen.
- Erhöhte Mitwirkung der Arbeitnehmenden via Information, Mitsprache und Mitentscheidung durch entsprechende verpflichtende sozialpartnerschaftliche Vereinbarungen.

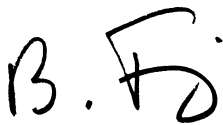
Dem Bedürfnis nach klaren und fairen Marktregeln müssen auch die Arbeitnehmenden unterliegen. Es sind deshalb, trotz der Unterschiedlichkeiten innerhalb der Branche, möglichst Massnahmen auf gesamtschweizerischer Ebene in Form eines Branchen-GAV's anzustreben, in dem entsprechende Standards festgeschrieben werden. Diese sollten aber bereits bestehende Vereinbarungen nicht untergraben. Der VPE fordert, dass das StromVG einen Artikel zum Arbeitnehmerschutz und zur Aus- und Weiterbildung enthält sowie die Verpflichtung sozialpartnerschaftliche Vereinbarungen bzw. einen Branchen-GAV abzuschliessen. Die Konkretisierung kann dann im Rahmen der Revision der Stromversorgungsverordnung (StromVV) erfolgen.

Im Übrigen sind wir weiterhin der Meinung, dass zuerst alle Randbedingungen vor einer vollständigen Marktöffnung geklärt und offengelegt werden sollten. Dazu zählt insbesondere auch das EU-Stromabkommen, dessen Inhalt weiterhin unter Verschluss gehalten wird. Wir gehen davon aus, dass es Regelungen enthält, die das Beihilferegime oder auch die zukünftigen Konzessionsvergaben von Wasserkraftwerken betreffen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

VPE - Verband der Personalvertretungen
der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B. Frieg'.

Dr. Bernd Frieg
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'W. Bosshard'.

Walter Bosshard
Sekretär



Hauseigentümerverband
Schweiz

Seefeldstrasse 60
Postfach ♦ 8032 Zürich

Tel. 044 254 90 20
Fax 044 254 90 21

info@hev-schweiz.ch
www.hev-schweiz.ch

PC 80-32534-9
MwSt-Nr.355838

HEV Schweiz

Bundesamt für Energie
Sektion Marktregulierung
Frau Bundesrätin S. Sommaruga
3003 Bern

per E-Mail: stromvvg@bfe.admin.ch

31. Januar 2019

Vernehmlassung Revision des Stromversorgungsgesetzes

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 17. Oktober 2018 haben Sie die Vernehmlassung zur Revision des Stromversorgungsgesetzes (StromVG) eröffnet. Für die uns gebotene Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Der HEV Schweiz ist mit seinen über 330'000 Mitgliedern der grösste Vertreter der Interessen der Haus- und Grundeigentümer in der Schweiz. In dieser Funktion setzen wir uns konsequent für die Förderung und den Erhalt des Wohn- und Grundeigentums ein und vertreten die Interessen unserer Mitglieder auf allen Ebenen. Da unsere Mitglieder von den geplanten Gesetzesänderungen teilweise betroffen sind, machen wir von der uns offerierten Möglichkeit zur Stellungnahme Gebrauch und reichen Ihnen diese innert Frist ein.

Zur Vorlage

Bei der ersten Etappe der Strommarktöffnung im Jahr 2009 hat der HEV Schweiz bemängelt, dass diese Öffnung auf dem Buckel der kleinen Konsumenten erfolgt ist. Entsprechend begrüssen wir den längst fälligen Schritt zur kompletten Marktöffnung im Strombereich.

Leider finden sich auch in dieser Vorlage nach wie vor Ungleichheiten bei der Behandlung der einzelnen Endverbraucher. Während die grossen Kunden auch die Messdienstleistungen individuell beziehen können, sind die kleinen Kunden nach wie vor von ihrem Verteilnetzbetreiber abhängig.

Eine noch ungelöste Fragestellung betrifft die Austrittsmöglichkeit aus einem Zusammenschluss zum Eigenverbrauch (ZEV). Die Wirtschaftlichkeitsberechnung eines ZEV beruht massgeblich auf der Anzahl teilnehmender Endverbraucher. Wenn die heutigen strengen Kündigungsbestimmungen für die Teilnehmer inskünftig hinfällig werden und durch die Strommarktöffnung jeder aus einem ZEV (wieder) austreten darf, dürften die Anreize für Eigentümer zur Installation einer Photovoltaikanlage weiter massiv sinken. Das Investitionsrisiko wäre für Eigentümer viel zu hoch. Diesem Umstand ist bei der Ausarbeitung des StromVG Rechnung zu tragen.

Stellungnahme zu einzelnen Artikeln

nArt. 6 Abs. 2 StromVG Grundversorgung

Mit der in nArt. 6 StromVG eingeführten Grundversorgung wird sichergestellt, dass auch nach der Marktöffnung sämtliche Liegenschaften über eine Stromversorgung verfügen. Bei der Festlegung der Zusammensetzung dieses Grundversorgungsproduktes wird in Abs. 2 des besagten Artikels jedoch eine starke Einschränkung für den Netzbetreiber vorgenommen. Dadurch werden insbesondere die kleineren Elektrizitätswerke in ihrer unternehmerischen Freiheit beschnitten. Es fehlt die Möglichkeit, den eigenen Kunden ein lukratives Angebot in der Grundversorgung unterbreiten zu können.

Antrag HEV Schweiz: Auf den nArt. 6 Abs. 2 StromVG ist zu verzichten.

nArt. 8 Abs. 1^{bis} StromVG Aufgaben der Netzbetreiber

Einzelne kleine Endverbraucher haben nur sehr begrenzt Möglichkeiten ihren Netzbetreiber bei der Netzstabilität zu unterstützen. Hingegen können die Netzbetreiber aus diesem Absatz zusätzliche Pflichten ableiten. Um die kleinen Kunden hiervor zu schützen, ist eine minimale Bezugsleistung oder Anschlussleistung zu definieren, ab der nArt. 8 Abs. 1^{bis} StromVG zur Anwendung kommt.

nArt. 12 StromVG Information und Rechnungsstellung

Im Zuge der Splittung von Netzdienstleistungen und der Stromlieferung ist die angedachte Veröffentlichung der diversen anfallenden Tarife zu begrüßen. Leider wird dies lediglich eine Information bleiben zumal die Wahlmöglichkeit zu den Messdienstleistungen weiterhin erst für Grosskunden ab einem Jahresverbrauch von 100 MWh besteht. Der kleine Konsument bleibt somit weiterhin ein «teilmfreier» Kunde.

nArt. 13a StromVG Wechselprozesse

In nArt. 13a StromVG wird dem Bundesrat die Kompetenz erteilt, Ausführungsbestimmungen für die Wechselprozesse zu erlassen. In nArt. 13a Abs. 1 lit. d StromVG wird auf die Möglichkeit der Kündigung von Elektrizitätslieferverträgen ausserhalb der Grundversorgung hingewiesen. Darunter fallen auch die Verträge zum ZEV. Hierzu werden in der vorliegenden StromVG keine Aussagen gemacht. Eine angemessene Kündigungseinschränkung für die einzelnen ZEV-Mitglieder ist für den Investor innerhalb eines ZEV von entscheidender Bedeutung. Durch den Wegfall einzelner Abnehmer des selbst erzeugten Stroms sinkt der Anteil des Eigenverbrauchs und kann dadurch die Rentabilität der Anlage gefährden.

Antrag HEV Schweiz: Bereits auf Gesetzesstufe ist im StromVG eine Regelung bezüglich der Austrittsmöglichkeiten aus einem ZEV festzuhalten. Analog zum geltenden Energiegesetz (Art. 17 Abs. 4 EnG) sind die Möglichkeiten zum Austritt aus einem ZEV zu begrenzen.

nArt. 17a StromVG Zuständigkeit für die Messung

Kleine Stromkunden und Prosumer sind in Bezug auf die Messdienstleistung nach wie vor an ihren Netzbetreiber gebunden. Im Sinne einer vollständigen Liberalisierung wäre es begrüssenswert, wenn sämtliche Konsumenten ihren Messdienstleister selber wählen könnten. Dies unabhängig von der bezogenen Strommenge.

Antrag HEV Schweiz: nArt. 17a Abs. 2 StromVG ist zu streichen.

nArt. 17a^{bis} StromVG Messentgelt und Messtarife

Im Bereich des Netzan schlusses und der Messung sind die kleineren Endkunden nach wie vor gefangene Kunden. Entsprechend ist durch den Bund sicherzustellen, dass diesen Konsumenten keine Tarife für Netzzugang und Messentgelt auferlegt werden, die höher ausfallen als dies bisher der Fall war. Entsprechend müssten die eigentlichen Stromkosten um das Messentgelt sinken.

Antrag HEV Schweiz: nArt. 17a^{bis} Abs. 3 StromVG ist dahingehend zu ergänzen, als die Summe von Netzentgelt und Messentgelt nicht höher ausfallen darf als die Netzkosten heute.

nArt. 22a StromVG Veröffentlichung von Qualitäts- und Effizienzvergleichen

Es ist begrüssenswert, dass die ElCom den Auftrag erhält, die einzelnen Anbieter auf dem Strommarkt hinsichtlich deren Dienstleistungsqualität und Tarife zu vergleichen. Viel wichtiger als die in nArt. 22a Abs. 3 StromVG geforderten Effizienzsteigerungen sind Bestrebungen, dass die Tarife der einzelnen Verteilnetzbetreiber einheitlich und übersichtlich dargestellt werden können. Ein Wildwuchs von Tarifen, wie sie die Mobilfunkindustrie kennt, ist zu verhindern.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Hauseigentümerverband Schweiz



NR Hans Egloff
Präsident HEV Schweiz



Thomas Ammann
Ressortleiter Energie- und Bautechnik